



Lutz Mücke

Mediale Routinen und Ignoranz?

Die Sahel-Einsätze der Bundeswehr
im öffentlichen Diskurs

▶ Mit Handlungsempfehlungen

EIN PROJEKT DER OTTO BRENNER STIFTUNG
FRANKFURT AM MAIN 2023

OBS-Arbeitspapier 54
ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-6693-2810
Fax: 069-6693-2786
E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
www.otto-brenner-stiftung.de

Autor:

Prof. Dr. Lutz Mücke
Lessingstr. 17
D-04109 Leipzig
Tel.: +49 179-4553542
E-Mail: lutzmuekke@web.de

Projektmanagement:

Jupp Legrand (OBS)

Satz und Gestaltung:

Isabel Grammes, think and act

Titelfoto:

©Lutz Mücke für Otto Brenner Stiftung

Redaktionsschluss:

28. April 2023

In Kooperation mit Africa Vagabonds



www.africavagabonds.org

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:



Dieses Arbeitspapier ist unter der Creative Commons „Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International“-Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0) veröffentlicht.

Die Inhalte sowie Grafiken und Abbildungen dürfen, sofern nicht anders angegeben, in jedwedem Format oder Medium vervielfältigt und weiterverbreitet, geremixt und verändert werden, sofern keine Nutzung für kommerzielle Zwecke stattfindet. Ferner müssen angemessene Urheber- und Rechteangaben gemacht, ein Link zur Lizenz beigefügt und angegeben werden, ob Änderungen vorgenommen wurden. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

In den Arbeitspapieren werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Download und weitere Informationen:

www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

Geht es nach dem Willen der Bundesregierung, soll der Deutsche Bundestag im Mai 2023 über eine letzte Verlängerung des Mali-Einsatzes der Bundeswehr abstimmen. Ziel sei es nun, diesen Einsatz nach zehn Jahren „strukturiert auslaufen“ zu lassen. Das neuerliche Mandat des Bundestags soll die Voraussetzungen schaffen für einen geregelten Rückzug der Bundeswehr aus Mali bis zum Mai 2024. Auf diese zeitliche Rahmung hatte sich die Bundesregierung schon im November 2022 verständigt. Der neue Antrag der Bundesregierung wird also sehr wahrscheinlich für die (befristete und letztmalige) Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) plädieren. Bis 2024 sollen bis zu 1.400 Soldaten entsandt werden können. Diese personelle Aufstockung um zweihundert Soldaten begründete die Bundesregierung mit zusätzlich anfallenden Aufgaben, seitdem französische Militärs abziehen mussten. Frankreichs Vorgehen in Mali hatte Massenproteste weiter Teile der malischen Zivilgesellschaft auf sich gezogen und war in Konflikt mit der malischen Militärregierung geraten. Trotz dieser Situation werde die Zusammenarbeit mit Frankreich in der Region nicht in Frage gestellt, so die Bundesregierung.

Schon seit 2013 debattiert und entscheidet der Deutsche Bundestag regelmäßig über eine Fortsetzung oder den Abbruch der Sahel-Mandate der Bundeswehr. Die Otto Brenner Stiftung hat die innenpolitische Auseinandersetzung über die Mandatierung 2021 bereits im Mai 2022 zum Anlass genommen, erste Ergebnisse einer Untersuchung des Medienwissenschaftlers und Afrikanisten Lutz Mücke vorab zu publizieren, um sie rechtzeitig zur Debatte im Bundestag in der Öffentlichkeit zu platzieren. Nun, im Frühjahr 2023, wird sich der Deutsche Bundestag abermals mit der Sahel-Frage beschäftigen und über eine Fortsetzung entscheiden. Grund genug für die OBS, unsere Vorabpublikation aus 2022 inhaltlich zu ergänzen, mit weiteren Erkenntnissen zu aktualisieren und generellere Schlussfolgerungen für eine Berichterstattung auf der Basis unserer Befunde zu wagen.

Ziel der Untersuchung bleibt einerseits, die mediale Diskussion zu den Sahel-Einsätzen der Bundeswehr und vor dem Hintergrund parlamentarischer Beratungs- und Entscheidungsprozesse zu erfassen und damit einen relevanten Beitrag zur Qualitätsdiskussion über Auslandsberichterstattung zu leisten. Die Ergebnisse dieser Untersuchung und die Handlungsempfehlungen des Autors runden also unsere Vorabpublikation ab. Andererseits reiht sich die Analyse ein und ergänzt mit wichtigen Aspekten unsere kriti-

schen OBS-Studien zur Krise der Auslandsberichterstattung, die ein „Verblässen der Welt“ diagnostiziert und kontroverse Debatten initiiert haben.

Seit zehn Jahren verlängert der Bundestag jährlich die Einsatzmandate der Bundeswehr in Mali und für die Sahel-Region. Der mit Abstand größte laufende Bundeswehreinsatz ist MINUSMA. Zudem ist die Bundeswehr mit einem Mandat für die Ausbildung maliischer Streitkräfte durch die Europäische Union, EUTM (European Union Training Mission Mali), vor Ort. Verzahnungen oder Berührungs- und Anknüpfungspunkte gab oder gibt es u. a. mit der Aufstellung der G5-Taskforce mit Mauretanien, Burkina-Faso, Tschad, Niger, Mali; mit der französischen Militär-Operation Barkhane (vorher Operation Serval); der Bundeswehr-Mission Gazelle; der Takuba Task Force und mit US-amerikanischen Präsenzen. MINUSMA gilt auch als gefährlichster UN-Einsatz. Hauptintention war und ist, die Region zu stabilisieren und Terrorismus zu bekämpfen.

In unserer aktualisierten Untersuchung wird der Frage nachgegangen, wie ausgewählte Redaktionen über die Bundestagsdiskussion und -abstimmung 2021 berichteten. Gefragt wird auch, wie rund um diese Bundestagsabstimmung über die Sahel-Einsätze der Bundeswehr und über die G5-Region berichtet wurde. Die inhaltsanalytischen Ergebnisse werden Experten präsentiert und von ihnen ergänzend interpretiert. Auf der Basis dieser Befunde und der neuen Erkenntnisse werden von Lutz Mücke Empfehlungen abgeleitet, die der Autor als konkrete Vorschläge und Anregungen für die Optimierung von Krisen- und Kriegsberichterstattung versteht.

Unser Autor fordert vom Mediensystem und seinen Akteuren, deutlich ernsthafter mit den Themen Krisen, Konflikte und Kriegseinsätzen umzugehen. Die historische Niederlage des Westens in Afghanistan, die Irak-, Libyen- und Syrien-Desaster, der Stellvertreterkrieg im Jemen und nicht zuletzt der 2022 stark eskalierte Russland-Ukraine-Krieg geben für Redaktionen und Medienhäuser mehr als genug Anlass, ihre Krisen- und Kriegsberichterstattung zu überprüfen und insgesamt zu professionalisieren. Diese Professionalisierung könnte, so eine Annahme von Lutz Mücke, das Vertrauen in das Medien- und in das demokratische System stärken und dadurch auch zu einem angemesseneren Verhalten der Bundesrepublik in und zu Krisen und Kriegen beitragen.



Jupp Legrand

Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im April 2023

Inhalt

1	Ausgangslage und Problembeschreibung.....	6
1.1	Analysen der Vereinigung für Afrikawissenschaften in Deutschland (VAD) und der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).....	7
1.2	Eine zivile Stimme aus Malis Gesellschaft	11
2	Untersuchungsmethoden und analysierte Medien	13
3	Ergebnisse der Inhaltsanalyse	15
4	Experten-Perspektiven aus Mali, Niger und Deutschland	22
5	Zusammenfassung und Fazit	29
6	Handlungsempfehlungen.....	34
Anhang		
	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	37
	Übersicht der analysierten Beiträge	39
	Verzeichnis der Abkürzungen	41
	Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen.....	41
	Hinweise auf die befragten Personen.....	42
	Zum Autor der Studie	42

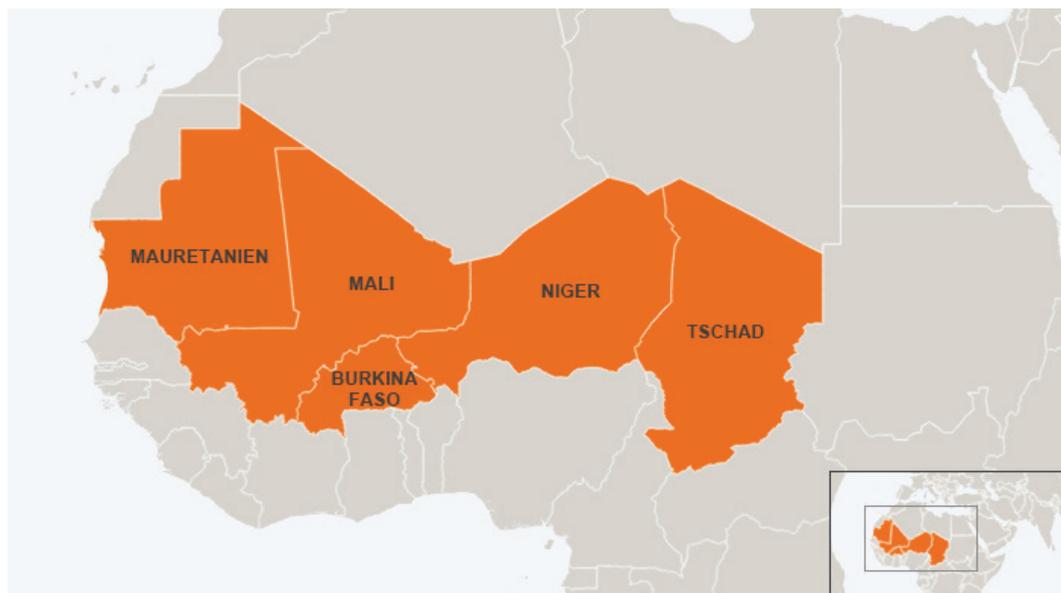
1 Ausgangslage und Problembeschreibung

Zur groben Orientierung und für den Hintergrund der weiteren Problemanalyse soll zum Einstieg der akademisch-fachliche Diskussionsstand über die Sahel-Interventionen insbesondere in Deutschland zumindest holzschnittartig wiedergegeben werden. Dieser wird anhand dreier Analysen beschrieben: zum einen durch ein Papier der Sahel-Initiative der Vereinigung für Afrikawissenschaften in Deutschland (VAD) sowie Wortmeldungen der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). An der Erstellung der VAD-Analyse haben 19 Fachleute mitgearbei-

tet – aus Deutschland und Afrika, von denen viele seit Jahrzehnten zur und in der Region arbeiten.

Diese Einführung zur Ausgangslage erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Sahel-Konflikte sind lokal sehr verschiedener Natur. Ihre Komplexitäten aus Geo-, Ressourcen- und verschiedenen lokalen, regionalen und internationalen Interessenpolitiken, die Entwicklungen von Kriegen, Militärinterventionen, Staatszerfall, Aufständen, demografischer und ökologi-

Abbildung 1:
Die G5-Länder in der Sahel-Zone



Quelle: Eigene Darstellung.

scher Wandel oder Aspekte wie Ethnizität, Religion und das koloniale Erbe können hier nur kurz angerissen werden.

1.1 Analysen der Vereinigung für Afrikawissenschaften in Deutschland und der Stiftung Wissenschaft und Politik

Der Sahel-Ausschuss der Vereinigung für Afrikawissenschaften in Deutschland (VAD) veröffentlichte eine Analyse zur Lage in der Sahel-Region, in der sich 19 Experten*innen zu Wort meldeten (VAD-Ausschuss Sahel 2020). In diesem Papier werden der Umgang, die Lagebeurteilung, die Einstufung der Sahel-Länder in internationale Bewertungskategorien sowie die Verfasstheit der Entwicklungs- und Militärhilfen auf den Prüfstand gestellt.

Eine zentrale Einschätzung lautet: „In einigen Bereichen von Staatlichkeit im Sahel geht es nicht um Reparatur oder Wiederaufbau, sondern um institutionellen Neubau, da das post-koloniale System nichts Funktionierendes hinterlassen hat.“ Ein ‚Weiter so‘ der internationalen Kooperation müsse verhindert werden. Auch die sehr pauschalisierte „Rede von islamistischen Terrorgruppen“ riskiere, Unterschiede einzuebneten und Verhandlungsmöglichkeiten zu verbauen. Bei unsachgemäßer Verwendung „kennt diese Sichtweise nur noch äußere Feinde“.

In den Sahel-Ländern drohe ein endloses Scheitern militärisch dominierter Interventionen. Lokale Konflikte drohten grenzübergreifend zusammenzuwachsen. Qualitativ hochwertigere lo-

kale Konfliktbeschreibungen seien dringend nötig zum besseren Verständnis der ablaufenden Prozesse, so sei etwa die politische Ethnisierung der Konflikte auch Ergebnis von Militäroperationen. Die EUTM in Mali verstärke beispielsweise den ethnischen Bias in der malischen Armee. Der Einsatzdoktrin des sogenannten „Vernetzten Ansatzes“ der zivil-militärischen Zusammenarbeit sprechen die Experten eine „mutmaßliche Dysfunktionalität“ zu und mahnen auch hier unabhängige Analysen an. Bislang seien alle Versuche, „irgendeinen Beleg“ für eine funktionierende Vernetzung zwischen zivilen und militärischen Akteuren zu finden, „weitgehend vergebens“. Es gebe überhaupt „keinen etablierten und gesellschaftlich akzeptierten vernetzten Ansatz zivil-militärischer Zusammenarbeit im Sahel“. Mehrfach wird in dem Papier auch auf Erfahrungen des Scheiterns in Afghanistan verwiesen.

Die „multilaterale Superstruktur der Sahel-Allianzen“ sei überkomplex und es sei keine effektive Koordinierung zu erkennen. Die Analyse gibt zahlreiche Hinweise darauf, woran die Sahel-Interventionen krankten und geht dabei auch auf die Arbeitsteilung zwischen Frankreich und Deutschland ein. Die internationale Koalition von ‚willigen‘ westlichen Partnern der Sahel-Länder unter politischer Führung Frankreichs erfordere eine Neudefinition der deutschen Rolle in Afrika im Verhältnis zur Rolle Frankreichs. Dies sei überfällig, „da die französische Afrikapolitik zwar nicht nach allen Anklagepunkten schuldig ist, die jetzt im Sahel gegen sie vorgebracht werden, aber im Kern unverändert neokoloniale und

patriarchale Züge trägt“ (Françafrique)¹. Zudem ließe sich eine Überforderung im französischen Regierungs- und Militärapparat erkennen und eine daraus resultierende Verdrossenheit im Umgang damit (Sahel fatigue). Betont wird auch, dass sich im Diskurs zum Sahel die ohnehin problematische Rede vom „Nebenkriegsschauplatz Afrika“ besonders verbiete. Zudem müsse ein „wirtschaftlicher Lösungsansatz für die Krise im Sahel eine tiefgreifende Korrektur der europäischen Handelspolitik gegenüber Afrika enthalten. Andernfalls wird er weder funktionieren noch die Bevölkerung in Westafrika überzeugen“. (ebd. S. 28-29)

Auf den Militärputsch in Mali 2020 und die Eskalationen in Burkina Faso gehen die VDA-Experten besonders ein. Die Reaktionen auf den Putsch in Mali 2020 hätten etwa klar zu Tage gebracht, dass in Paris, Brüssel und dem deutschen Auswärtigen Amt „keine realitätstaugliche Analyse vorhanden ist, die auf die neue Lage hätte sinnvoll angewendet werden können“. Die westlichen Führungen seien „strategisch nicht vorbereitet“ oder „unwillig umzudenken“ gewesen, trotz vorliegender Analysen und Forschungen. Die VAD-Expertise fordert einen grundsätzlichen Bruch mit militärischen Traditionen. Die gesamte militärische Zusammenarbeit im Rahmen der G5 beruhe auf keiner kritischen Analyse der nationalen

Militärapparate und differenziere nicht zwischen und in den Sahel-Ländern. Ein „internationales Versäumnis in Bezug auf das Militär“ liege zum Beispiel darin, dass das „diktatorische Regime im Tschad als Stabilitätsanker in der Region behandelt wird“ und die militärische Zusammenarbeit „bedingungslos ausgebaut werden soll“. In diesem Land gehe es aber nicht nur um eine „Sicherheitssektor-Reform“, sondern um den Rückbau eines „diktatorischen Kleptokratensystems“, welches hinter „oberflächlicher Stabilität“ agiere (ebd. S. 4). Die Ausweisung des deutschen Botschafters aus Tschad Anfang 2023 bestätigt diese VAD-Einschätzung nur allzu deutlich.

Eine Wortmeldung der Stiftung Wissenschaft und Politik fasst 2020 die Situation so zusammen: „Gemessen am Ausmaß des Einsatzes verläuft die deutsche Diskussion über die Sahelpolitik schleppend, wenig ergiebig und allzu routiniert. Ein Grund dafür ist, dass Schlagworte und vermeintliche Gewissheiten (...) die Debatte bestimmen, die weitgehend losgelöst von strategischen Zusammenhängen und Überlegungen eingeworfen werden.“ Das Papier geht auch auf den Dissens beim Einsatz von Gewalt ein. Wenn Deutschland und andere sich nicht an „robusten Mentoring-Einsätzen“ Frankreichs im Sahel beteiligten, dann liege das nicht ausschließlich an Risikofeindlichkeit,

1 Frankreichs postkoloniale Haltung gegenüber Afrika hält bis heute an. Für das Verhältnis Frankreichs zu seinen ehemaligen afrikanischen Kolonien wurde der Begriff „Françafrique“ geprägt. Seit dem Ende der Kolonialzeit betrachtet Frankreich das frankophone Afrika (Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Burundi, Dschibuti, Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun, Mali, Republik Kongo, Demokratische Republik Kongo, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrika ... als seine geopolitische Einflusszone. Der Begriff „Françafrique“ bringt aber vielmehr als nur diplomatische und politische Beziehungen zum Ausdruck. „Françafrique“ geht mit der Beteiligung an Wahlfälschungen, an Putschen, an der Installierung befreundeter Regime, mit militärischen Geheimoperationen und „Regime-Change“ einher und wird insbesondere in Afrika, aber auch in Zirkeln in Frankreich und Europa seit Jahrzehnten kontrovers diskutiert (Thorel 2013).

„wie viele in Paris vermuten“, sondern auch an der Vorstellung in Berlin, dass der Einsatz von mehr Militär kein aussichtsreicher Weg ist. Diese Haltung werde auch durch die Erfahrungen mit dem langjährigen Einsatz in Afghanistan bestärkt. (Tull 2020)

Die Aufmerksamkeit, die die Operation Barkhane² und die Gemeinsame Truppe der G5-Staaten erhalten, erwecke zwar in der Öffentlichkeit den Eindruck einer überwiegend militärischen Dimension des Engagements in der Sahel-Zone. In Anbetracht des riesigen Operationsgebiets und des Anteils jener Soldaten, die tatsächlich in Kampfeinsätze gehen (etwa 2.600 von 5.100 im Falle von Barkhane), könne davon allerdings keine Rede sein – noch weniger, wenn man sich die geringe Größe und Effektivität der Verbände Malis, Nigers und Burkina Fasos vergegenwärtige. Die G5-Staaten haben zusammen eine Fläche von mehr als 5 Millionen Quadratkilometern, das mehr als das 14-fache der Bundesrepublik. Und auch die „Streitkräfte von MINUSMA dienen vor allem dem eigenen Schutz bzw. dem der Arbeit der zivilen Komponenten. Von malischer Seite lautet ein Hauptvorwurf ja gerade, dass das MINUSMA-Militär zu wenig und zu wenig robust agiere“, um Sicherheit auch für die Bevölkerung herzustellen. Auch die begrenzte Resonanz, die Frankreichs Takuba-Initiative³ unter europäischen Partnern gefunden habe, sei ein

Hinweis darauf, dass der Primat des Militärischen weniger eindeutig ist, als oft behauptet werde. Zudem entlasse die These vom Übermaß des Militärischen ihrerseits die zivilen Akteure aus der Verantwortung, denn aus ihr werde die Schlussfolgerung abgeleitet, dass das Militär zivilen Initiativen keinen Raum lasse.

Wichtig sei eine Diskussion über Strategien und Instrumente, mit denen Probleme und Dilemmata bearbeitet werden könnten, so das SWP-Papier. „Zu diesen zählt auch das scheinbare Paradox, dass sich die Lage im Sahel stetig verschlechtert, obwohl die internationale Gemeinschaft ihren Fußabdruck vertieft hat.“ Eine Kurskorrektur finde über punktuelle Justierungen hinaus aber kaum statt. Überlegungen der externen Akteure scheinen immer wieder darauf hinauszulaufen, dass das Engagement ausgeweitet und vertieft werden müsse. Mit Blick auf das Ziel der Eigenverantwortung lokaler Akteure sollte allerdings auch eine gegenteilige Strategie „zumindest denkbar sein“. (Tull 2020)

Für das Scheitern bisheriger Stabilisierungsstrategien westlicher Militär-Interventionen im Sahel stehen insbesondere die jüngsten Militärputsche in drei von fünf Ländern der G5-Region (Mali 2020/2021, Tschad 2021 und Burkina Faso 2022). Allerdings fordern Analysten auch Augenmaß bei der Einordnung dieser Regierungsum-

2 Zur Terrorismus- und Aufstandsbekämpfung im Sahel führte Frankreich von 2014 bis 2021 die Operation Barkhane durch. Das militärische Operationsgebiet umfasste die sogenannten G5-Sahelstaaten (Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad), siehe Abbildung 1, S. 6.

3 Das Militärbündnis Takuba ist zur Flankierung der französischen Militärintervention „Barkhane“ sowie der gemeinsamen G5-Truppe initiiert worden. Es wird von Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Niederlande, Portugal, Tschechien und Schweden unterstützt.

stürze. Das oben zitierte VDA-Papier verweist etwa darauf, dass Militärputsche durchaus auch zu gesellschaftlichen Fortschritt beitragen könnten und führt dafür die Umstürze in Burkina Faso (Sankara 1983) und Ghana (Rawlings 1981) an (Asche et al. 2020).

Häufig wird darauf eingegangen, dass im Sahel Interessenlagen zwischen dem kollektiven Westen und China kollidieren. Und auch zur zunehmenden Präsenz Russlands im Sahel finden sich viele Wortmeldungen (Wagner-Söldner in Mali und Burkina Faso). Seltener hingegen werden die Rollen der Regionalmacht Algerien oder der USA im Anti-Terrorkrieg analysiert (Souaïdia 2001). Beide Länder verfolgen im Sahel jedoch handfeste strategische und ökonomische Interessen und haben ihre Präsenzen und Einflussnahmen im Sahel in den letzten Jahrzehnten systematisch erhöht – militärisch, geheimdienstlich, diplomatisch. Machtkontrolle und Ressourcensicherung im globalen Wettbewerb sind dabei entscheidende Aspekte. Der Sahel ist reich an Bodenschätzen. Mali wurde beispielsweise bereits in weiten Teilen in Konzessionsgebiete für internationale Bergbau- und Ölfirmen aufgeteilt, insbesondere der Norden. Oder Niger versorgt seit Jahrzehnten die französische Atomindustrie mit billigem Uran etc.

Malis 2021 an die Macht geputschte Militärjunta kündigte unterdessen das Verteidigungsabkommen von 2014 und das Stationierungsabkommen von 2013 für Frankreichs Truppen inklusive des Zusatzprotokolls von 2020 über europäische Spezialkräfte. Fast genauso jubelnd wie französische Truppen 2012/13 in Mali als Islamistenbekämpfer

empfangen worden waren, wurde zehn Jahre später ihr Abzug gefeiert. Das Verhältnis der Länder Frankreich und Mali ist inzwischen vollkommen zerrüttet, was sich auch in Massendemonstrationen Zehntausender gegen die französische „Bevormundung“ manifestierte. Der französische Botschafter musste das Land binnen 72 Stunden verlassen. Selbst die MINUSMA-Truppen finden nur noch wenig Zuspruch. Kritik wird von Malis Intellektuellen, religiösen Führern und in der Bevölkerung daran geäußert, dass MINUSMA vor allem sich selbst sowie lokale, regionale und internationale Profiteure der Kriegs- und Sicherheitswirtschaft „stabilisiere“.

In den zurückliegenden Jahren wurde planmäßig die zentrale Sahel-Militärbasis für westliche Truppen in Niamey, der Hauptstadt von Niger, auf- und ausgebaut. Ausgestattet u. a. mit Rollbahnen für Großraumflugzeuge, ausgebaut als Überwachungszentrum, Schnittstelle für den Drohnenkrieg und für medizinische Notversorgungen, agieren von hier und von einem Netz kleinerer Militär- und Geheimdienst-Basen in der Region aus u. a. Franzosen, Amerikaner und auch deutsche Militärs. Das vergleichsweise sichere Niamey ist damit zum wichtigsten militär-logistischen Hub westlicher Militär-Interventionen in den G5-Ländern avanciert.

Lacher beschreibt in seiner SWP-Analyse „Unser schwieriger Partner. Deutschlands und Frankreichs erfolgloses Engagement in Libyen und Mali“, dass die Orientierung am Ziel Stabilisierung oft eine untergeordnete Rolle in der Region spiele. Eher seien innenpolitische Erwägungen in Frankreich Gründe dafür, dass „das Narrativ des

Antiterrorkampf das französische Engagement in Libyen und im Sahel dominiert“. Das Feindbild, auf dem Terrorismusbekämpfung beruhe, verzerre jedoch die wesentlich ambivalenteren tatsächlichen Zusammenhänge vor Ort. Daraus resultiere ein eskalierend wirkendes militärisches Vorgehen. Bei genauerer Betrachtung erweise sich, dass Deutschlands und Frankreichs tatsächliches Engagement in der Region von den Beteuerungen, man vollziehe einen Neubeginn, hinterherhinke und auch wesentlich vom Thema Flüchtlingskrise/Migration motiviert ist (Lacher, 2021 S. 9). Das militärische Engagement, etwa in MINUSMA und der Ausbildungsmission EUTM, folge vor allem der Absicht, Deutschlands Solidarität mit Verbündeten, vor allem Frankreich, hervorzuheben und die deutsche Bereitschaft zu unterstreichen, „internationale Verantwortung“ zu übernehmen. Vorrang genieße bei diesen Interventionen immer, das Sicherheitsrisiko für Bundeswehrsoldaten auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Dabei unterstütze und verteidige Deutschland zu bereitwillig multilaterale Formate, ohne diese nennenswert mitzuprägen. Das mache es Frankreich leicht, multilaterale Prozesse zu instrumentalisieren oder zu unterminieren. Die deutsche und die französische Politik in Libyen und Mali offenbarten, wie zum einen zum „Zerfall der regelbasierten internationalen Ordnung“ beitragen wurde und zum anderen, dass auch massives internationales Engagement in Form von UN- und EU-Missionen kaum Stabilisierungserfolge erzielen. Deutschland habe wenig unternommen, um dem entgegenzuwirken. In Berlin bedürfe es intensiverer Diskurse über die französische Politik, die in ihren Auswirkungen dem europäischen Interesse an

der Stabilisierung der südlichen Nachbarschaft teils zuwiderlaufe (ebd. S. 8).

1.2 Eine kontroverse Stimme aus Malis Gesellschaft

Eine der einflussreichsten und umstrittensten zivilen Stimmen Malis ist Mahmoud Dicko, Imam in Bamakos Stadtbezirk Badalabougou. Mit seinen Protest-Predigten und -aufrufen gegen das Agieren der Franzosen in Mali und gegen die malische Regierung brachte der religiöse Führer 2019/20 Hunderttausende Malier auf die Straße und die malische Regierung von Ibrahim Bouba-car Keïta (IBK) schließlich mit zu Fall.

Ein Auslöser seiner damaligen Protestaufrufe war der folgende Hintergrund, der die Geschehnisse in Mali etwas plastischer verdeutlichen kann: Der Imam war vom malischen Premierminister offiziell beauftragt worden, Gespräche mit den Kriegsparteien im Norden Malis zu beginnen. Allerdings intervenierte die französische Botschaft in Bamako und Dicko wurde zurückgerufen. Daraufhin verlangte Dicko von der französischen Botschafterin eine Erklärung, die allerdings „nicht sonderlich ausführlich“ ausfiel. Kein einziger triftiger Grund sei ihm genannt worden. Dicko erklärte im Interview mit dem Autor der vorliegenden Studie in seinem Haus in Bamako 2019: „Wie kann denn Frankreich Entscheidungen unseres Premierministers derart beeinflussen?“ Wollte Frankreich die Mali-Krise alleine managen? „So was kann sich Frankreich nur erlauben, weil unsere Regierung so unglaublich schwach ist. Wäre sie stärker, würde sie ihrer Pflicht nachkommen und mit allen Maliern und Konfliktparteien spre-

chen und verhandeln, um die Situation endlich zu befrieden. Wir sind ein souveräner Staat, die Kolonialzeit ist vorbei. Frankreich soll uns nicht vorschreiben, wie wir mit unseren internen Problemen umzugehen haben.“

Zwar sei man Frankreich dankbar, dass es Mali 2012/13 geholfen habe, als militante Aufständische das Land zu überrennen drohten. Doch die Zeit schreite voran und die Lage im Land sei anhaltend schlimm. Es herrsche in weiten Teilen weiterhin große Unsicherheit. Daran habe leider auch die lange Präsenz französischer und anderer ausländischer Truppen nichts geändert. Er wisse zwar auch nicht, was genau bei Verhandlungen mit militanten Dschihadisten-Führern wie Amadou Koufa oder Iyad Ag Ghaly herauskäme. „Aber diese Leute sind Malier. Also sollten wir reden. Wir müssen sie hören“, so Dicko. Der Iman weist auch auf Frankreichs widersprüchliche Rolle zu Beginn des Krieges hin. In Geheimaktionen soll Frankreich die Tuareg-Guerilla *Mouvement national de libération de l’Azawad* (MNL) unterstützt haben, die 2012 einen Aufstand begann und den Norden Malis abspaltete und dort den Staat Azawad ausrief. Tausende Militärs und Waffen, die aus dem im Krieg versunkenen Libyen

nach Mali reinkamen, und verschiedene Dschihadisten-Gruppen trugen zur Eskalation bei.⁴

Dicko, der häufig in die Nähe des extremistischen Wahabismus gerückt wird, weil er in Saudi Arabien studierte, weist diese Verortung vehement von sich: „Westliche Medien machen das gern. Auch manche meiner Gegner in hohen politischen Ämtern hier in Mali verbreiten dieses falsche Bild, um mich zu diskreditieren.“ Er hält dagegen, dass er aus dem Norden Malis stamme, „aus einer sehr alten, anerkannten Marabout-Familie. Wir sind Sufis, die religiösen Fanatismus ablehnen. In dieser religiösen Tradition habe ich in Mali und in Mauretanien studiert. Danach, da war ich aber bereits ein erwachsener Mann mit tiefen Überzeugungen und Ansichten, studierte ich noch drei Jahre in Saudi Arabien. Dort wurden mir die extremistischen Seiten des Wahabismus ebenso deutlich wie einige religiöse Probleme des Sufismus und dessen Stagnation in einzelnen Aspekten. So fand ich meinen eigenen Weg. Extremismus lehne ich schlicht ab.“ Während der Straßenproteste habe er stets zu Besonnenheit und Friedfertigkeit aufgerufen. Dickos Einschätzung: „Militärisch sind unsere Probleme definitiv nicht zu lösen.“

4 Nachdem bereits die Kolonialmacht Frankreich härteste Auseinandersetzungen mit Teilen der Tuareg-Clans hatte (Tit, Kaosenaufstand etc.), gab es auch nach der formalen Unabhängigkeit der Sahelstaaten immer wieder Aufstände der Tuareg, um größere Autonomie, Unabhängigkeit, Ressourcenverteilung und Partizipation. Die erste große Rebellionswelle nach der Kolonialzeit rollte Anfang bis Mitte der 1960er Jahre, eine zweite markante Aufstandswelle von Anfang bis Mitte der 1990er Jahre. 2004 und 2007 folgten Kämpfe in Niger, neben Mali eines der Kernländer der Aufstände, wobei auch Algerien und Libyen wichtige Rollen spielten. Seit 2012 kämpfen mehrere Tuareg-Fraktionen in Mali in verschiedenen Koalitionen. Willkürliche koloniale Grenzziehungen und ahistorisch geformte Staatskonglomerate waren und sind zentrale Konfliktursachen und mitverantwortlich für die Marginalisierung der Tuareg und die heutigen Auseinandersetzungen über Territorien und neue Staatenbildung.

2 Untersuchungsmethoden und analysierte Medien

Die zweistufige Untersuchung fragt, wie sich die Sahel-Region sowie die Bundestagsdebatten und die Abstimmungen über die Verlängerungen der Sahel-Einsätze 2021 in führenden deutschen Massenmedien niederschlugen. Sie folgt einem Methodenmix. Das Erkenntnisinteresse wurde in einem ersten Schritt anhand der Berichterstattungen der Leitmedien ZeitOnline, FAZ.NET, Bild.de und tagesschau.de im Zeitraum 5. April 2021 bis 7. Juni 2021 quantitativ inhaltsanalytisch untersucht. Die Inhaltsanalyse umfasst einen Zeitraum vor, während und nach der Bundestagssitzung vom 21. Mai 2021, auf der über die Verlängerung der Sahel-Einsätze der Bundeswehr entschieden wurde. Visualisierungen wurden bei der Analyse nicht berücksichtigt.

In einem zweiten Schritt sind die Ergebnisse der Inhaltsanalyse mit Experten aus Mali, Niger und Deutschland diskutiert und bewertet worden. Bei den ausgewählten Medien handelt es sich um Vertreter etablierter bundesrepublikanischer Leitmedien aus verschiedenen Segmenten des Medienmarktes. Alle vier haben große Reichweite und Einfluss auf politische und öffentliche Diskurse. Analysiert wurden:

- der Online-Ableger der *Bild*, der reichweitenstärksten deutschen Boulevardzeitung,

- mit der *FAZ.NET* die Plattform einer führenden überregionalen Qualitäts-Tageszeitung, mit allgemein anerkannter Afrika-Expertise,
- mit *ZeitOnline*, das Online-Portal der erfolgreichsten deutschen überregionalen Wochenzeitung,
- und *tagesschau.de*, das Online-Portal der wichtigsten öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendung.

Die zu analysierenden Beiträge wurden in den elektronischen Systemen/Archiven der jeweiligen Medien recherchiert. Die zentralen Suchworte dafür waren: Sahel-Konflikt, Sahel, G5, Mali, Niger, Mauretanien, Burkina Faso, Tschad, Bundeswehreinsatz. Eine Grundgesamtheit von 39 Artikeln wurde generiert: 17 FAZ.NET-Artikel, 13 Beiträge von tagesschau.de, sechs Beiträge von ZeitOnline und drei Bild.de-Beiträge flossen in die Analyse ein (siehe die chronologische Auflistung und Zusammenstellung der untersuchten Artikel im Anhang).

Um die inhaltsanalytische Methode intersubjektiv überprüfbar zu machen, wurden die der Untersuchung zugrundeliegenden Kategorien und Definitionen in einem Code-Buch beschrieben, von zwei Testpersonen auf Reliabilität getestet und Schwachstellen adaptiert. An dieser Stelle sei Mitarbeiterin Jennifer Giwi gedankt.

Das Kategoriensystem der Untersuchung erfasste die folgenden formalen und inhaltlichen Kategorien:

Formale Kategorien

- Medium
- Erscheinungsdatum
- Seitenzahl
- Umfang
- Erscheinungsressort
- Darstellungsform

Inhaltliche Kategorien

- Hauptthemen
- Geografische Verortungen
- Ortsmarke
- Handlungsträger/Akteure
- Quellen
- Urheber

Zwar können die Analyseergebnisse nicht verallgemeinert und auf die Gesamtheit der Sahel-Berichterstattung in bundesrepublikanischen Massenmedien extrapoliert werden; sie geben allerdings deutlich mehr als eine Momentaufnahme wieder und lassen Rückschlüsse und Reflexionen auf die massenmediale Diskurstiefe zu Krisen- und Kriegsthemen zu. Denn zum einen handelt es sich bei den untersuchten Leitmedien/-formaten um anerkannte, einflussreiche und etablierte „Organe“ der bundesrepublikanischen Medienlandschaft. Und zum anderen, so die Annahme, ist der Untersuchungszeitraum rund um die Bundestagsabstimmung zu den Militäreinsätzen von besonderer Relevanz für den gesellschaftlichen Diskurs, da er eine vertiefte Beschäftigung mit dem Themenkomplex erwarten läßt.

3 Ergebnisse der Inhaltsanalyse

Die Parlamentsdebatte im Bundestag, so ein erster Befund, spielt in den analysierten Berichterstattungen der ausgewählten Medien so gut wie keine Rolle. tagesschau.de kommt zum Beispiel über eine 95-Sekunden-Nachricht (19. Mai 2021) und das Statement „(...) hat der Bundestag eine Verlängerung und Verstärkung des Bundeswehrmandats für Mali abgenickt“ nicht hinaus (1. Juni 2021).

Geografischer Fokus und Ortsmarken

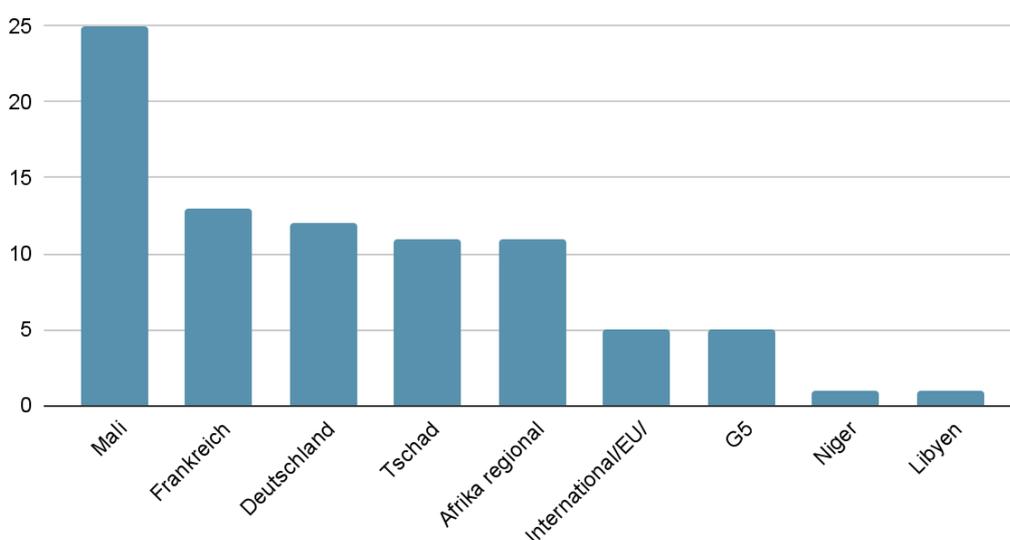
Der geografische Fokus der analysierten Berichterstattung liegt auf Mali, Frankreich, Deutsch-

land, Tschad und wenigen regionalen Betrachtungen.

Die Ortsmarke sollte den tatsächlichen Aufenthaltsort derjenigen Journalist*innen angeben, die den jeweiligen Beitrag verfasst hat. Insbesondere in der Auslands- und Agentur-Berichterstattung stellt die Ortsmarke Transparenz und eine wichtige Orientierung u. a. für die Einordnung von journalistischer Arbeit für Rezipienten dar: Waren Verfasser*innen tatsächlich vor Ort oder in welcher räumlichen Entfernung wurde gearbeitet? Das Ergebnis der vorliegenden Untersuchung ist eindeutig:

Abbildung 2:

Der geografische Fokus der analysierten Berichterstattung (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: Eigene Erhebung.

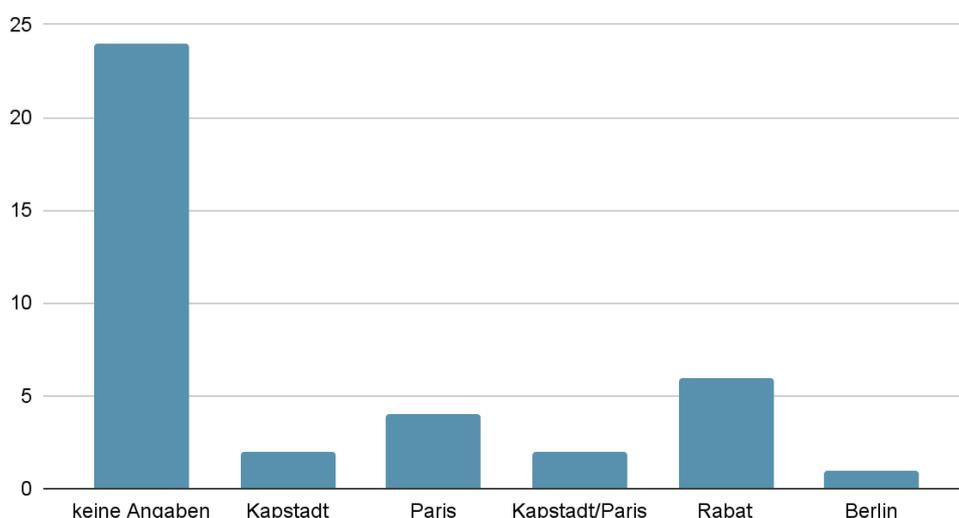
Kein einziger Beitrag weist einen Produktionsort innerhalb der Sahel-Zone aus. Bei 39 Prozent aller Beiträge erscheinen die Korrespondent*innenstandorte Kapstadt, Paris, Rabat und Berlin als Ortsmarken, manchmal als Doppelangabe, wenn etwa FAZ-Korrespondentinnen aus Südafrika und Frankreich gemeinsam einen Text verfassten. Wobei in der Berichterstattung von Zeit.de und BildOnline eigene Korrespondent*innen überhaupt keine Rolle spielen.

FAZ.NET greift in der Sahel-Berichterstattung oft auf Korrespondent*innen in Paris/Frankreich und Kapstadt/Südafrika zurück; tageschau.de häufig auf die ARD-Korrespondentin in Rabat/Marokko. Diese Korrespondent*innen berichten über die Sahel-Konflikte also von Orten, die etwa von Bamako/Mali zwischen 2.400 und 6.000 Kilometer entfernt liegen.

Insgesamt lässt die Untersuchung ein deutliches Erodieren des journalistischen Standards und Qualitätsmerkmals „Ortsmarke“ erkennen. Rund 61 Prozent der Beiträge geben überhaupt keine an. In der Reproduktion von Agenturmeldungen scheinen die Redaktionen Ortsmarken systematisch zu entfernen. Es scheint so, als ob sie nur noch dann angegeben würden, wenn sie die Redaktionen und Medienmarke irgendwie schmücken.

In diesem Kontext muss auch auf die historisch gewachsene und überkommene geografische Verteilung von Korrespondent*innenstandorten in Afrika hingewiesen werden. Die starke Konzentration auf die Standorte Nairobi, Johannesburg und Kapstadt wird der zunehmenden Bedeutung der Region Westafrika nicht gerecht (vgl. Mücke 2009).

Abbildung 3:
Angabe von Ortsmarken in der analysierten Berichterstattung



Quelle: Eigene Erhebung.

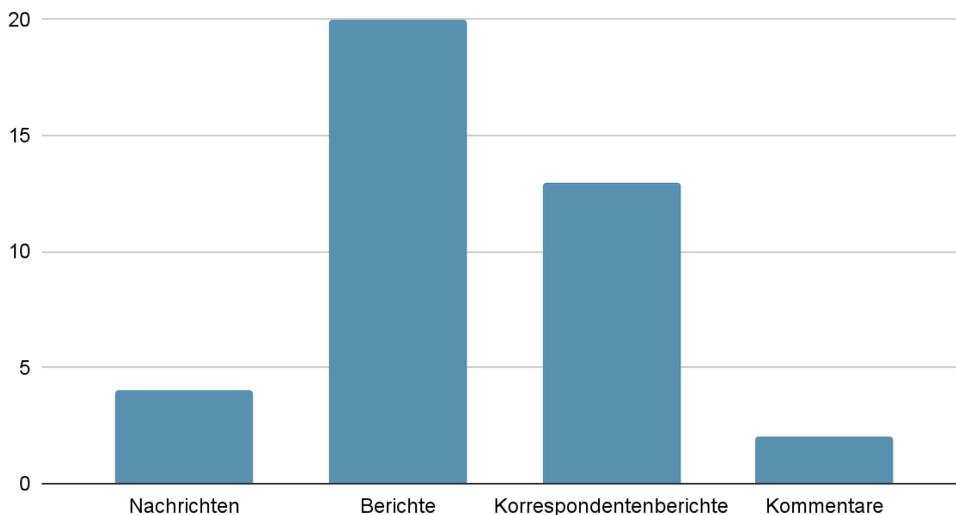
Darstellungsformen und Erscheinungsressorts

Die dominierenden Darstellungsformen sind Berichte (20) und Korrespondent*innen-Berichte (13). Vereinzelt kommen auch Nachrichten (4) und Kommentare (2) vor.

Verantwortliche Korrespondent*innen, Redakteur*innen und Redaktionen bewerten den Themenkomplex offenbar selbst in der wichtigen Diskursphase der Bundestagsabstimmung nicht für so wichtig, um darüber Leitartikel, Rezensionen von Publikationen, Porträts oder Interviews von und mit kenntnisreichen Persönlichkeiten zu platzieren. Keines der untersuchten Medien hielt es für angebracht, eigene Vor-Ort-Recherchen anzustrengen und Reportagen aus der Sahel-Region oder gar komplexere investigative Beiträge, Enthüllungen und Online-Storytellings zu veröffentlichen.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass die analysierte Sahel-Berichterstattung vorwiegend stark nachrichtlich-berichtend geprägt scheint, also von journalistischen Genreformen Nachrichten und Berichten dominiert wird. Dies stellt sich auf dem zweiten Blick jedoch komplexer dar. Die Journalistik-Theorie rechnet die Darstellungsformen Nachricht und Bericht zwar den „objektiven“ Genres zu. Der im Code-Buch als eigene Darstellungsform definierte „Korrespondent*innenbericht“ kann allerdings de facto nicht nachrichtlich-berichtenden Kategorien zugeordnet werden. Die Bezeichnung „Korrespondent*innenbericht“ ist unscharf und irreführend. Treffender müsste diese Textform als „Analyse“ oder manchmal gar als „Kommentar“ eingeordnet und den subjektiv-kommentierenden Texten zugerechnet werden. Denn „Korrespondent*innenberichte“ gehen u. a. oft

Abbildung 4:
Die genutzten Darstellungsformen



Quelle: Eigene Erhebung.

mit dem Bemühen einher, dem heimischen Publikum komplexe Vorgänge und Zusammenhänge aus dem Ausland stark verkürzt, inhaltlich reduziert, in publizierbarem Umfang und simplifiziert plausibel näherzubringen.

Ein ebenso fragwürdiges wie überraschendes Ergebnis ist, dass Reportagen aus dem Sahel völlig fehlen. Das kann teils mit dem ungleich höheren Aufwand erklärt werden, den es erfordert, Reportagen im Vergleich zu Nachrichten, Berichten oder Korrespondent*innenberichten zu produzieren. Letztere können mehr oder weniger am Schreibtisch entstehen. Für Reportagen müssen hingegen umfangreichere Ressourcen an Zeit (Reisen), Finanzen (Reise- und Recherchekosten, Versicherungen, Honorare) und Personal (Stringer, Reporter, Korrespondent*innen) aufgewandt sowie in Krisen- und Kriegsgebieten körperliche und physische Belastungen und Risiken in Kauf genommen werden. Zu einem geringeren Teil mögen im Analysezeitraum auch die Beschränkungen der Covid-19-Pandemie eine Rolle gespielt haben. Reisen waren nicht durchweg möglich bzw. erschwert. Allerdings hätten diese Hürden auch durch Kooperationen mit heimischen Journalist*innen ausgeglichen werden können, wenn man auf diese hätte zurückgreifen wollen und können.

Die Analyse-Resultate zu den „Darstellungsformen“ korrespondieren insgesamt mit den ähnlich eintönigen Ergebnissen zur Untersuchungskategorie „Berichterstattung nach Ressorts“, die im Anschluss behandelt werden.

Die Berichterstattung nach Ressorts untersucht, welche Anzahl an Beiträgen in bestimmten Rubriken/Ressorts erscheinen. Das Ergebnis ist vergleichsweise eindeutig: In allen untersuchten Medien stellen Beiträge unter den Rubriken „Politik“ und „Ausland“ den Löwenanteil der Berichterstattung. Lediglich je ein Beitrag erschien in den Ressorts Kolumne und Inland. Keine Berichterstattung findet sich hingegen in Kultur/Feuilleton-, Wirtschafts- oder Gesellschaftsressorts. Diese Ergebnisse werfen Fragen auf:

- Haben andere Ressorts kein Interesse an diesen Themenkomplexen?
- Fehlen personelle und inhaltliche Kapazitäten und Kompetenzen beispielsweise in Wirtschafts- und Kulturressorts, um sich komplexen Sahel-Themen zuzuwenden?
- Sind Ressortgrenzen und Themenzuständigkeiten innerhalb der Medienhäuser undurchlässig und starr?

Einfluss Nachrichtenagenturen

Der Einfluss von Nachrichtenagenturen auf die analysierte Berichterstattung aus der Sahel-Region ist groß. 18 Prozent der Beiträge sind Eins-zu-eins-Abdrucke von Agenturmeldungen, weitere 15 Prozent der Beiträge sind Mischformen aus Agentur- und Redaktionsarbeiten und auch die Korrespondent*innen-Berichte basieren häufig auf Agenturmaterial. eingeschätzt wird, dass insgesamt etwa 60 Prozent der Berichterstattung Agentur-basiert ist. Die beiden einflussreichsten Agenturen für die Berichterstattung aus dem Sahel sind die französische Nachrichtenagen-

tur Agence France Press (AFP) und die Deutsche Presseagentur dpa. Auch fanden einzelne Meldungen von epd, Reuters und AP Eingang in die Berichterstattung. Der zweite große Urheberblock von Sahel-Beiträgen sind Korrespondent*innen. Sie verfassten rund 40 Prozent aller Beiträge. Kleinere Anteile entfallen auf „Redakteur*innen“ und Beiträge „ohne Angaben“.

Themen, Quellen und Akteure

100 Prozent der analysierten Beiträge beschäftigen sich mit den Themen „Krieg, Krise, Putsch“. Im Analysezeitraum lösen zwei Ereignisse Hochs in der Berichterstattung aus – der Militärputsch in Mali und der Tod des Präsidenten des Tschad, Idres Déby. Eng verbunden mit den Beiträgen über „Krieg, Krise, Putsch“ werden Themen über die Rollen von Bundeswehr, Frankreich, der EU-

Sahel-Interventionen und Themenfokussierungen auf die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, die Afrikanische Union sowie die Vereinten Nationen.

Mit Hilfe der Kategorie Quellen wird ein Überblick gegeben, welche Informationsquellen in der Sahel-Berichterstattung wie häufig genutzt werden. Zwar kann nicht davon ausgegangen werden, dass in jedem analysierten Beitrag auch alle Quellen genannt werden, aus denen geschöpft wurde. Dennoch erlaubt die Analyse dieser Kategorie Einblicke in die tendenzielle Nutzung von Quellen und Gruppen von Quellen und auch Rückschlüsse darauf, welche Quellen und Stimmen strukturell vernachlässigt werden bzw. keine Stimmen in der massenmedialen Berichterstattung bekommen.

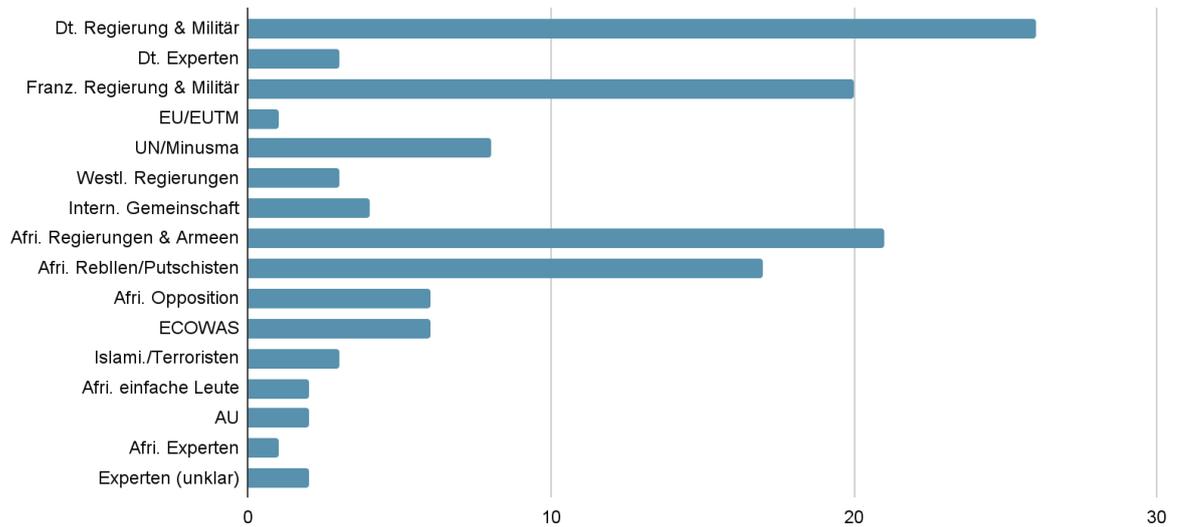
Tabelle 1:

Häufig genutzte Quellengruppen in der analysierten Berichterstattung

Quellengruppen	Häufigkeit der Nutzung
französische Regierungsvertreter	21
deutsche Regierungsvertreter	16
malische Putschisten	11
EU	10
UN/Minusma	7
Ecowas	6
westliche Medien	6
Regierung des Tschad	6
UK	4
USA	4

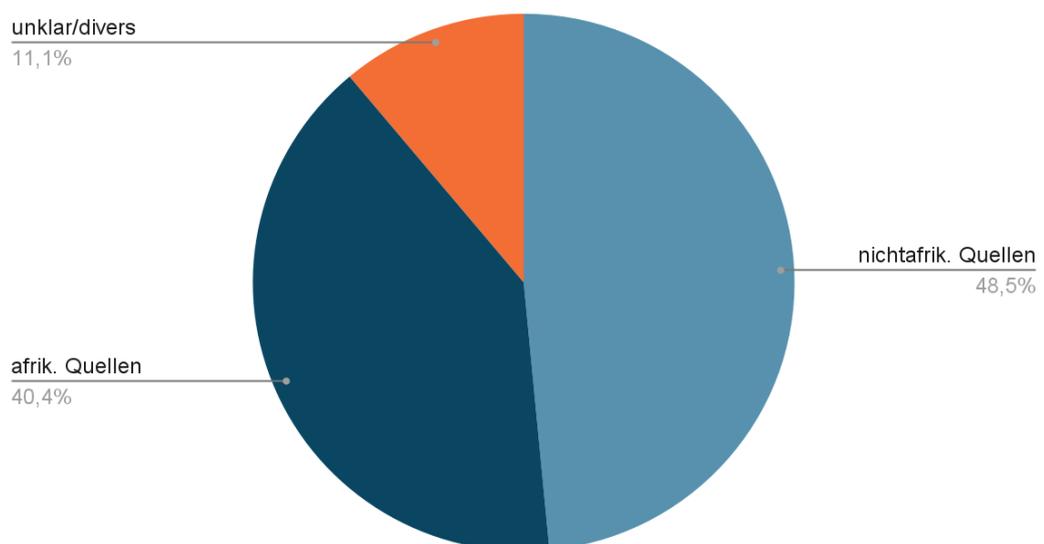
Quelle: Ergebnis der untersuchten Berichterstattung

Abbildung 5:
Die Häufigkeit der auftretenden Hauptakteure



Quelle: Eigene Erhebung.

Abbildung 6:
Die Verteilung der Quellen nach Herkunft



Quelle: Eigene Erhebung.

Ordnet und summiert man die Quellen nach ihrer Herkunft, tritt ein weiteres fragwürdiges Strukturmerkmal zu Tage: Rund 60 Prozent aller Quellen sind nichtafrikanisch. Aus diesen Quellenkomplex speist sich der Großteil der Frames und Narrative auf der Metaebene. Mit anderen Worten: Perspektiven, Stellungnahmen, Prognosen, Expertenaussagen und Annahmen aus dieser Quellengruppe bestimmen maßgeblich die Agenda und die Interpretationen der Hergänge.

Mit weitem Abstand dominieren hochrangige französische und deutsche Regierungsvertreter, gefolgt von malischen Militärs sowie hochrangigen EU- und UN-Vertreter*innen die Quellen und Akteursgruppen. Auch Verlautbarungen der westafrikanischen Regionalorganisationen ECOWAS, der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen werden häufig wiedergegeben. Ihnen und ihren Sprecher*innen und Verlautbarungen wird von den am journalistischen Produktionsprozess Beteiligten offenbar besonders große Relevanz beigemessen – wahrscheinlich auch, weil sie vergleichsweise leicht zugängliche, preiswerte und professionell aufbereitete PR und Propaganda anbieten, die sie u. a. auf Websites und auf Social-Media-Plattformen verbreiten.

Im krassen Gegensatz dazu fällt auf, dass bei den afrikanischen Quellen ganze Gruppen gar

nicht oder nur in wenigen Einzelfällen auftauchen und zu Wort kommen: Geschäftsleute, Wissenschaftler*innen, Religionsvertreter*innen, Künstler*innen, Musiker*innen, Schriftsteller*innen, Student*innen, Kirchen- und Religionsvertreter*innen. Sie sind für die am journalistischen Produktionsprozess Beteiligten offenbar weder als Handlungsträger noch als Quellen von besonderer Bedeutung. Obwohl gerade sie Triebfedern und kenntnisreiche Akteur*innen und Analyst*innen gesellschaftlicher und politischer Prozesse seien dürften, stellen ausgerechnet sie weniger als sechs Prozent aller Quellen. Auch Hilfsorganisationen, traditionell starke Kommunikatoren in Subsahara-Afrika, spielen als Quellen und Akteur*innen nur eine marginale Rolle in der Sahel-Berichterstattung.

Ein weiterer bemerkenswerter Befund: Islamistische Extremist*innen, Terrorist*innen und verschiedene bewaffnete Gruppen, etwa der Tuareg, werden so gut wie nicht abgebildet und erhalten auch fast keine Stimmen. Sie laufen lediglich als bedrohlich wirkender Subkontext mit. In keinem einzigen Fall wird über sie näher aufgeklärt, obwohl sie doch als Hauptgrund der Militärinterventionen proklamiert wurden und werden. Islamistische Extremist*innen und Terrorist*innen kommen als Primärquellen überhaupt nicht vor. Für das Verständnis der Konfliktlagen wäre jedoch auch das nötig.

4 Experten-Perspektiven aus Mali, Niger und Deutschland

Im Folgenden kommen drei anerkannte Experten zu Wort, die die inhaltsanalytisch generierten Ergebnisse vertiefend interpretieren und einordnen. Für den Verfasser der Studie war es wichtig, die Daten auch mit Experten aus dem Sahel zu reflektieren. Ihre Interpretationen, Kommentierungen und Reflektionen sind hier jeweils zusammengefasst. Die Lebens- und Arbeitsmittelpunkte der drei Befragten liegen in Mali, Niger und Deutschland.

Helmut Asche⁵ erklärt, dass die Mandatsverlängerungen des Deutschen Bundestags im journalistischen Feld offensichtlich „für einen Routinevorgang“ gehalten werden. Die „Ignoranz“ gegenüber der Bundestagsdebatte ausgerechnet in diesem speziellen Untersuchungszeitraum und in den hier analysierten Medien hält er für „sehr überraschend“. Denn die Regierungsfaktionen hätten Sahel-Papiere erarbeitet, ebenso wie das Auswärtige Amt. Und auch die Parlamentsentscheidungen selbst seien keine Routine gewesen. Die Grünen hätten sich etwa bei der Ausweitung des EUTM-Mandats „auf alle zentralen Sahel-Länder (inklusive Tschad!)“ enthalten, was auch im bilateralen Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich für Irritationen sorgte und u. a. für Auf-

regung in der französischen Botschaft in Berlin gesorgt habe, die den Diskurs in Deutschland genau beobachtet. Frankreich ist die westliche Führungsnation im frankophonen Sahel und spielt bei den ausländischen Militärinterventionen in den G5-Staaten eine entscheidende Rolle.

Asche verweist darauf, dass es über einen längeren Zeitraum betrachtet freilich durchaus Reisen und Beiträge von Vor-Ort gab. Auch berichteten seiner Erfahrung nach andere Medien wie die Tageszeitung (taz) deutlich intensiver als die in der Analyse untersuchten. Das Interesse deutscher Medien hätten auch die Presssprecher des deutschen MINUSMA-Kontingents in Mali zu spüren bekommen, die oft „gut zu tun“ gehabt hätten. Aber die Parlamentsdebatte und -entscheidung selbst sei „offenbar nicht wichtig und vor allem nicht kontrovers genug“ verlaufen, um das Interesse wirklich zu steigern und zum Beispiel vor Ort investigativ zu recherchieren, „obwohl es zu dem Zeitpunkt schon genügend Analysen über ein Scheitern des westlichen Militäreinsatzes im Sahel gab – sowohl von internationalen Think Tanks als auch von Expert*innengruppen, wie denen, die sich 2020 im VAD-Ausschuss Sahel zusammengeschlossen hatten“.

5 Asche ist emeritierter Afrikanistik-Professor und Initiator der Burkina-/Sahel-Initiative der Vereinigung für Afrikawissenschaften in Deutschland.

Der überstürzte und aus dem Ruder gelaufene Abzug westlicher Truppen aus Afghanistan, der die Aufmerksamkeit der Medien für Auslandseinsätze wieder kurzzeitig erhöhte, fand zudem erst kurz nach der Bundestagsentscheidung über die Verlängerung der Sahel-Einsätze statt. Insofern sei auch die Brisanz der Vergleiche mit der Situation dort, die durchaus schon vorher angestellt worden waren, noch nicht so hoch wie nach dem Abzug eingeschätzt worden. Und auch der Abzug der französischen Truppen aus Mali war damals noch nicht so aktuell wie heute.

„Das Drama im Sahel teilt den niederen Rang in der News-Hierarchie mit allen anderen Afrikathemen – bis auf die phasenweise Aufmerksamkeit für das Flüchtlingsthema. Da die hauptbetroffenen Länder der Sahelkrise – Mali, Burkina, Niger – keine Hauptherkunftsländer für internationale Flüchtlinge sind, konnte auch von daher kein spezielles Interesse erwachsen“, sagt Asche und erklärt damit auch den großen Einfluss der Nachrichtenagenturen an der analysierten Berichterstattung. In dieser Situation nutzten Medien eben einfach die Nachrichtenagenturen. Die Geringschätzung des Themas drücke sich auch darin aus, „in der Phase der politischen Entscheidung nicht einmal einen afrikanischen Autor um einen (Gast-)Kommentar gefragt zu haben“. Korrespondent*innen von Die Zeit oder FAZ zitierten zwar afrikanische Journalist*innen oder Expert*innen, aber die Möglichkeit, dass aufgrund der exklusiven Berichterstattung über Afrika bzw. den Sahel durch ausschließliche weiße, westliche Journalist*innen eine Verzerrung der Sicht eintritt, zu ignorieren, zeigt, dass auch

diese Medien „den berechtigten Teil der neueren Postkolonialismus-Debatte für ihre Arbeit noch nicht ernst genommen haben“. Asche kritisiert auch die „Beschränkung auf „westliche“ Akteure und „Terroristen“ als pauschale Gegenspieler. Wenn Journalist*innen und Medienverantwortlichen klar wäre, „dass es im Wortsinne kriegsentscheidend ist, sich mit den inneren und äußeren Ursachen des Terrorismus differenziert zu beschäftigen und auch zwischen den ausschließlich als „Terroristen“ apostrophierten Akteuren zu differenzieren, um wirkliche Konfliktlösungen wahrnehmen zu können, wäre die Tiefe und der Fokus der Berichterstattung möglicherweise eine andere“.

Auch die besondere Betonung von Militärs und höchsten Regierungskreisen sieht Asche kritisch. „Gerade die überdurchschnittliche Beachtung für die – de facto vollkommen desorientierten – französischen Regierungsstellen reproduziert die Schieflage der Konfliktwahrnehmung in Paris in den deutschen medialen Raum.“ Dass der islamische Extremismus zwar als wichtiger Sub-Kontext erscheint, als einer der Hauptgründe für die Militärinterventionen in Mali und der G5-Region, aber überraschenderweise nie vertiefend erklärt wird oder gar zu Wort kommt, interpretiert Asche wie folgt: Es handele sich hier offensichtlich „um eine (über)vereinfachte Realitätswahrnehmung“, wonach der islamistische Terror von außen, nämlich nach dem Sturz Gaddafis 2011 mit den Waffen von dort in den Sahel gekommen sei und keine differenziert zu betrachtenden inneren Ursachen habe, außer allgemeiner Armut. Die einzige Differenzie-

rung, die Asche in Medienprodukten sieht, ist die zwischen IS- und Al Qaida-nahen Gruppen. Asche: „Tatsächlich unterstützt eine solche verkürzte Sicht auf den Islamismus den militärisch dominierten ‚Lösungsweg‘ unter französischer Führung.“ Dazu passe dann eben auch das Fehlen von Ortsmarken. Asche interpretiert das als „eine Art von schlechtem Gewissen in den Redaktionen“. Über den Sahel aus Kapstadt zu berichten, sei „irgendwie peinlich“.

Der Fokus der Redaktionen auf das Politikressort spiegelt das geringe wirtschaftliche und allgemeine gesellschaftliche Interesse für den Sahel. Das ändere sich immer dann, wenn vitale deutsche Interessen plötzlich ins Blickfeld geraten. Der Experte nennt dafür Beispiele, u. a. „das deutsche Interesse an kritischen Rohstoffen, besonders wenn russische Agenten wie die Gruppe ‚Wagner‘ darum konkurrieren“. Asche sieht die „Verknappung und Verkürzung der Berichterstattung in deutschen Leitmedien über den Sahel“ aber vor allem als „Teil eines übergreifenden Problems: Das Fehlen einer eigenständigen deutschen Afrikapolitik reduziert auch die Aufmerksamkeit für deutsche Entscheidungen und ihre Begründungszusammenhänge“. Gleichwohl zögert er, „dies als ein vollständiges journalistisches Desaster zu betrachten“, weil es a) einzelne kompetent berichtende Journalist*innen und Medien gebe und b) „sich die Zahl der vielfältigen Online-Quellen aus Afrika im Allgemeinen und auch aus allen Sahel-Ländern stark ausge-

weitert“ habe, die vielfältige lokale Informationen anböten, die aus der Ferne abrufbar seien. Wenn allerdings die Freiheit dieser lokalen (Online-) Medien eingeschränkt ist wie etwa in Mali, dann hätten die deutschen Leitmedien wiederum ein zusätzliches Problem.

Darüber hinaus sei „die Verknappung“ der Berichterstattung Teil eines viel weitergehenden Kommunikationsproblems, das auch die umgekehrte Richtung der Kommunikation betrifft. Frankreich habe den Krieg im Sahel auch deswegen nicht gewinnen können, weil es nach einhelliger Expert*innenmeinung ohne jede Kommunikationsstrategie vorging. Nunmehr haben alle westlichen Akteure das Problem, dass sie kommunikativ auch auf ein Erstarken antiwestlicher/russlandfreundlicher medialer Meinungsbildung im Sahel reagieren müssten, aber nicht wissen wie. Und auch über diese zum Krieg gehörenden Kommunikationsprozesse, den Kampf um die Herzen und Köpfe der Menschen, werde wiederum viel zu wenig in den deutschen Leitmedien berichtet.

Auch **David Dembélé**⁶, der vielfach in grenzüberschreitende Rechercheprojekte eingebunden war und ist, interpretiert die Ergebnisse der Inhaltsanalyse überaus kritisch und fragt: „Sind die Plenarsitzungen für Journalisten offen?“ Falls ja, gebe es keinen einzigen akzeptablen Grund für dieses Desinteresse, da die Frage des Engagements deutscher Truppen in der Sahel-Zone von höchstem öffentlichem Interesse sein sollte,

6 David Dembélé ist ein international anerkannter, investigativer Datenjournalist aus Bamako/Mali.

inklusive der Frage, ob „die mobilisierten öffentlichen Gelder sinnvoll eingesetzt“ werden. Dembélé erkennt die Tendenz, immer stärker über Skandale, Katastrophen und Unglücksfälle zu berichten, die die Einschalt- und Klickquoten in die Höhe schnellen lassen. Stattdessen müsse es aber viel stärker um den Alltag der einfachen Leute gehen, aus dem heraus sich vieles verständlicher erklären ließe.

Dass die Sahel-Zone generell nicht im Fokus deutscher Medien liege, weiß Dembélé. Dies könne teils mit der Sprachbarriere erklärt werden. Französisch ist zwar in allen G5-Staaten Amtssprache. Doch zum einen sprechen viele deutsche Journalist*innen kein Französisch, zum anderen verliert die Sprache der ehemaligen Kolonialherren auch in vielen Gebieten der G5-Staaten massenhaft Sprecher. Die inhaltsanalytischen Ergebnisse würden jedoch sicher auch insbesondere das generell geringe Interesse der deutschen Bevölkerung an den Sahel-Konflikten ausdrücken, denn Medien richteten sich „vor allem nach den Erwartungen ihrer Zielgruppen“. Den starken Fokussierungen der Berichterstattungen auf die Nachrichtenagenturen AFP und dpa begegnet der Investigativ-Journalist mit einem Aufruf für mehr Pluralismus: „Für eine demokratische Gesellschaft und den demokratischen Diskurs ist es sehr wichtig, dass die Medien unterschiedliche Meinungen und Perspektiven vermitteln.“

In den meisten Fällen handele es sich bei den verarbeiteten Informationen lediglich um die Übernahme von offiziellen Verlautbarungen oder Erklärungen französischer oder malischer Politiker,

Militärs oder Funktionäre. Selbst wenn Journalist*innen in die Region reisten, müssten sie sich klarer darüber werden, dass sie von MINUSMA oder den Takuba-Truppen „embedded“ würden. Ihre Unabhängigkeit würde quasi „beschlagnahmt“. Dem könne bspw. mit unabhängigen Datenjournalismus über den „Anti-Terror-Krieg in der Sahelzone“ begegnet werden. Damit könne viel Licht und Präzision in die Faktenlage gebracht werden. Dembélé schätzt ein, dass aus den Einsätzen, die von der französischen Armee geleitet und von befreundeten europäischen Armeen – darunter auch Deutschland – flankiert werden, nur sehr wenige unabhängige Informationen an die Öffentlichkeit gelangten. Als wichtig erachtet er vor allem, die Ungereimtheiten im Kampf gegen den Terrorismus aufzudecken. „Jedes Thema, das in diesen Rahmen fällt, ist von großem öffentlichen Interesse. Aber diese Themen interessieren die internationalen Medien generell immer weniger“, fasst er seine Erfahrungen zusammen. „Nur wenn es richtig brennt“, ändere sich das, so bei Terroranschlägen, Putschen, Morden an hochrangigen Politikern und Massakern.

Auch auf die Ressourcenlage verweist Dembélé. Berichterstattung über die Sahel-Zone und die dortigen Auseinandersetzungen sei kostspielig und sollte langfristig angelegt sein. Abgesehen von dem Inkaufnehmen des Risikos journalistischer Arbeit in der Sahel-Zone sei für Journalist*innen Sicherheit im Sahel keineswegs garantiert. Außerdem fehle es den Medien ganz klar am Willen, die nötigen Mittel bereitzustellen, „um Journalisten ins Feld zu schicken“. Dembélé nimmt die lokalen Medien davon nicht aus. Hier

liege einer der Gründe, weshalb sich alle „mit Informationen begnügen und von denen übernehmen, die die Mittel haben, um ganze Informationsarsenale bereitzustellen“ – die PR- und Propaganda-Abteilungen der Militärs und Regierungen. Zudem würden „die internationalen Medien, die über den Krieg im Norden Malis berichten, von den Streitkräften ihrer Länder an Bord geholt oder Medien wie das französische Radio France International (RFI) stünden gleich direkt „unter der strengen Kontrolle des Quai d’Orsay“. Unter diesen Umständen könne die Berichterstattung nicht die gewünschte Objektivität erreichen.

Dass mehr als die Hälfte der in den analysierten Beiträgen verwendeten Quellen „nicht-afrikanisch“ sind, wundert Dembélé nur bedingt. Selbst Regierende wüssten oftmals nicht, was genau in ihren Ländern vor sich geht. In Mali sei zum Beispiel die überaus außergewöhnliche Situation entstanden, dass die französischen Barkhane-Truppen „das Gesetz in die Hand genommen“ hätten. „Gebiete in Gao und Kidal, in denen sie operierten“, seien für die malische Armee tabu gewesen. All diese Zu- und Umstände führten dazu, dass sich Berichterstattung eben zum Teil lediglich auf politische Reden oder Entscheidungen limitiere. Ökonomische, kulturelle, historische, regionale und geostrategische Hintergründe „interessieren internationale Medien immer weniger“. Da sich „alle Bemühungen mehr oder weniger auf den Kampf für eine Rückkehr zu Frieden und Stabilität in der Sahel-Zone

ausrichten“, gelten andere Themenbereiche des öffentlichen Lebens als zweitrangig. Dass Quellengruppen aus der Zivilgesellschaft, afrikanische Expert*innen, Intellektuelle, Akademiker*innen und religiöse Führer*innen so gut wie nicht zu Wort kommen, überrascht Dembélé ebenfalls nicht. Man begnüge sich eben oft damit, Informationen zu übernehmen.

Da im „unübersichtlichen Spiel in der Sahel-Zone“ die Kommunikation „unter Intoxikationen und Desinformationen“ leide, plädiert Dembélé dafür, dass Qualitätsmedien ständige Korrespondent*innen und Reporter*innen in die Sahel-Zone entsenden sollten, um u. a. über die Militäreinsätze kompetent zu recherchieren, zu informieren, zu reflektieren und zu kommentieren. Wenn ein Staat wie die Bundesrepublik 1.000 Soldaten und mehr in Bewegung setze und sie in ein anderes Land schicke, dann müsse das geleistet werden. Die analysierte Berichterstattung weise jedoch deutlich daraufhin, dass die vier analysierten Medien ihrer Verantwortung im Untersuchungszeitraum „nicht gerecht werden, das deutsche Volk darüber zu informieren, was in der Sahel-Zone passiert“.

Ibrahim Manzo Diallo⁷, international bestens vernetzt und mehrfach ausgezeichnete Journalist aus Niger, bemerkt etwas resigniert: „Es ist unbestreitbar, dass all diese großen Medien mit ihren hohen Reichweiten kaum über die wahren Probleme der Sahel-Zone berichten. Sie streifen

7 Ibrahim Manzo Diallo ist Direktor der Gruppe Air Info und des Radiosenders Radio Sahara FM aus Agadez/Zinder, Niger.

kaum die für das Leben in den Sahel-Staaten wirklich wichtigen Themen.“ Die Militäreinsätze seien da nur ein Beispiel. Ein Sprichwort bringe die Situation gut auf den Punkt: „Alles, was man ohne die anderen für die anderen tut, ist gegen die anderen.“ Debatten im Parlament wie im Journalismus dürften nicht nur die Perspektiven widerspiegeln, die man gerne hören möchte. Diallo bedauert insbesondere, dass in der öffentlichen parlamentarischen Debatte in Deutschland niemand aus dem Sahel zu Wort kommen durfte.

Für ihn sind Kommunikationsfluss und Informationsaustausch sowohl im politischen als auch im journalistischen Feld gestört. Verschiedene Symptome davon zeigten sich in der vorliegenden Inhaltsanalyse. „Dass internationale Agenturen als Erste über uns berichten, zeigt nur die Ignoranz den hiesigen Medien gegenüber.“ Selbst die Regierungen der einzelnen Sahel-Staaten würden es mittlerweile vorziehen, über westliche Medienhäuser zu kommunizieren. Diallo sieht gute Chancen, die Qualität der Berichterstattung westlicher Medien zu steigern. Wenn sie klug mit lokalen Akteuren im Sahel kooperieren würden, könnte das Agentur-Niveau weit übertroffen werden. Dass die analysierten vier großen deutschen Leitmedien keine ständigen Korrespondent*innen oder Reporter*innen in der Sahel-Zone haben, bestätige das übergroße Desinteresse. Auch in diesem Kontext zählten die Arbeit und die Perspektiven von Journalist*innen aus dem Sahel nicht. „Wir werden unterschätzt, obwohl wir am besten geeignet sind, über die Vorgänge hier zu berichten. Wir erleben die Dramen der Sahel-Zone nicht aus

der Ferne. Wir erleben sie in unserem Alltag, in unseren Herzen und in unseren Häusern.“

Dass nicht eine einzige Autor*in der analysierten Berichterstattung Afrikaner*in war, macht Diallo fassungslos: „Das ist Verachtung! Blanke Missachtung.“ Dass mehr als die Hälfte der Quellen, die sich zu den Sahel-Konflikten äußern, „nicht afrikanische Quellen“ sind, erklärt Diallo vor allem mit dem Framing der großen globalen Narrative. Man bleibe immer schön im gängigen westlichen Erzählrahmen, darauf wiesen auch die in der Berichterstattung dominierenden Quellengruppen hin: Militärs der Regierungen (Frankreich, Deutschland, Tschad, Mali) und der internationalen Organisationen (UN, Weltbank, EU, ECOWAS, AU). Diese Stimmen äußerten jedoch oft lediglich Wünsche, Erwartungen, Zielvorstellungen, Prognosen, Pläne, willfährige Verlautbarungen. Dabei sprächen internationale und subregionale Gremien so gut wie immer mit einer Stimme, weil man sich abstimme und an den globalen Machtzentren ausrichte. Im Sahel versuche die sogenannte internationale Gemeinschaft, „eine Wunde zu verbinden, ohne sie vorher desinfiziert zu haben. (...) All die Probleme, mit denen wir heute konfrontiert sind, sind entstanden, weil sie vorher falsch behandelt wurden. Der Terrorismus ist nicht das eigentliche Problem unserer Länder. Es ist die Arbeitslosigkeit. Es ist die Armut. Es ist die galoppierende Demografie. Kurz gesagt: Es ist der drastische Rückgang unseres Lebensunterhalts.“

Bei der Berichterstattung stünden eben nicht mehr die Bevölkerungen im Mittelpunkt der Auf-

merksamkeit. Es „tut weh“, so Diallo, dass wichtige Gruppen aus dem Sahel so gut wie nie als Quelle in den Berichterstattungen auftauchen (Zivilgesellschaft, Expert*innen, Journalist*innen, Intellektuelle, Künstler*innen, Student*innen, Akademiker*innen, religiöse Führer*innen). „Unsere Stimmen sind nicht hörbar, obwohl es doch auch um unsere Zukunft geht.“ Und es scheine so, als hätten nur jene afrikanischen Intellektuellen das Recht in westlichen Massenmedien zu sprechen, die in die westlichen Erzählrahmen passen. „Das tut uns wirklich weh.“ Den im Westen so oft angezeigten „islamischen Terrorismus und Extremismus“ hält Diallo für sehr vordergründig und oft vorgeschoben. Die Stories darüber, ließen sich aber einfach besser verkaufen – im politischen wie im medialen Feld. Nur so könne man zum einen die „Sahelianer“ dazu bringen, es zuzulassen, dass ausländische Armeen überall im Sahel Militärstützpunkte aufbauen. Zum anderen ermögliche nur der „terroristische Vorwand“ heute noch, Gelder in solchen enormen Mengen aus den Budgets westlicher Länder freigesetzt zu bekommen.

Alle anderen dringenden Angelegenheiten im Sahel würden von angeblichen „Kriegsanstrengungen“ in den Hintergrund gedrängt. Die Wechselwirkungen für die Bevölkerungen seien fatal: Diese Überbetonungen extremistischer Gruppen sei ein Grund, weshalb im Sahel Verschwörungstheorien immer stärker an Bedeutung gewannen. Die Bevölkerungen verstünden beispielsweise nicht, weshalb ständig Anschläge und Angriffe stattfinden, obwohl doch Tausende von westlichen Soldaten mit hochentwickelten Waffen im Einsatz seien. Kein Experte erkläre kompetent,

wie einfache, schlecht bewaffnete und schlecht ausgebildete Kämpfer zehn Jahre lang die riesigen Armeen dieser großen Staaten herausfordern können. Und welche Auswirkungen könnte und müsste dieser Umstand auf die Außen- und Militärpolitik dieser westlichen Staaten haben?

Diallo war nicht davon überrascht, dass es keine Interviews mit herausragenden Persönlichkeiten, keine Vor-Ort-Reportagen, keine Porträts und keine investigativen Formate in der analysierten Berichterstattung gegeben hat. „Keines dieser journalistischen Genres kann man so einfach aus der Ferne produzieren.“ Das brauche Anwesenheit vor Ort und direkte Begegnung. Die meisten ausländischen Journalist*innen verbrächten jedoch ihre Zeit damit, lokale Journalist*innen aus dem Sahel lediglich über soziale Netzwerke und digital nach Informationen zu fragen, weil sie die Kontexte selbst nicht beherrschten. Oft gingen auch die Recherchen vor Ort nicht über ein paar Tage hinaus. Diallo stützt sich bei seinen Aussagen auf viele Jahre Arbeit als Stringer, während denen er hunderte ausländische Journalist*innen aus den USA, Frankreich, UK, Deutschland, Italien, Schweden etc. bei ihrer Arbeit im Sahel unterstützte.

Wer immer an den festgefahrenen Medien-Frames etwas ändern wolle, so Diallo, müsse sinnvolle Kooperationen mit unabhängigen lokalen Journalist*innen und Medienhäusern aufbauen. „Um gut über die Sahel-Zone und ihre Probleme zu berichten, muss man die „Sahelianer“ selbst berichten lassen. Man muss im Westen afrikanischen Intellektuellen und Journalisten ihren Wert zuerkennen.“

5 Zusammenfassung und Fazit

Es gilt in diesem Kapitel zum einen, die Ergebnisse der Inhaltsanalyse und Impulse der Experten zusammenzuführen und zu interpretieren. Zum anderen sollen Handlungsempfehlungen aus diesen Befunden und Erkenntnissen abgeleitet werden. In diese Einordnungen fließen auch jahrzehntelange wissenschaftliche und Journalismus-praktische Erfahrungen des Autors mit und in Afrika ein.

Wie gezeigt werden konnte, ist die gesamte analysierte Berichterstattung im Untersuchungszeitraum zum einen stark nachrichtlich-berichtend und zum anderen stark durch Korrespondent*innenberichte geprägt, wobei die Nachrichtenagenturen AFP und dpa besonders großen Einfluss haben. Keiner der Korrespondent*innenberichte entstand in einem der G5-Staaten, sondern in Büros tausende Kilometer entfernt – u. a. in Paris, Berlin und Kapstadt. Das kann nur bedingt mit der Corona-Pandemie begründet werden, die damals das Reisen erschwerte. Vielmehr weisen diese Ergebnisse auf folgende Umstände hin:

Die Redaktionen

- a) können offenbar auf keine etablierten Kooperationen mit lokalen Partnern zurückgreifen,
- b) haben trotz der großen laufenden Militäreinsätze der Bundeswehr keine eigenen Korrespondent*innen bzw. Reporter*innen dauerhaft vor Ort und

- c) vernachlässigen teils seit Jahrzehnten die Region Westafrika u. a. durch das tradierte System der zentralen Afrika-Korrespondent*innenstandorte Nairobi, Johannesburg, Kapstadt (und Rabat) und verkennen damit auch die rasant wachsende Bedeutung der Region Westafrika.

Die Resultate dieses verfehlten Redaktionsmanagements sind nicht zu übersehen: Selbst während der gesellschaftlich außerordentlich wichtigen Zeit, die vor, während und nach der Bundestagsabstimmung analysiert wurde, gab es über die Militäreinsätze noch nicht einmal Leitartikel, Interviews, Porträts oder Rezensionen zum Thema und lediglich zwei Kommentare. Weder über die Militäreinsätze der Bundeswehr noch über den Putsch in Mali wurden Reportagen oder gar größere investigative Projekte oder komplexere Online-Storytellings aus dem Sahel geliefert. Zwar werden die Aktivitäten der Bundeswehr oft holzschnittartig hinterfragt, aber hintergründige Vor-Ort-Recherchen dazu fanden keinen Eingang.

Eintönigkeit herrscht auch bei der Ressort-Verortung: Fast alle Beiträge erscheinen unter den Rubriken „Politik“ und „Ausland“. Wirtschafts- oder Kulturreports trugen nichts Wesentliches zum Themenkomplex bei, obwohl gerade auch mit Diskursen zu Ökonomie und Kultur Hintergründe und Zusammenhänge der Sahel-Situationen erklärt werden könnten und müssten.

Gleichwohl treten auch qualitative und quantitative Unterschiede zwischen den einzelnen Medien deutlich zu Tage. So liefert FAZ.NET eine beachtliche Zahl an Beiträgen zum Themenkomplex, fast sechsmal so viel wie Bild.de und fast dreimal so viel wie ZeitOnline. Von den FAZ-Beiträgen stammt fast die Hälfte aus der Feder ihrer Korrespondentinnen in Paris und Kapstadt, einige entstanden auch als Koproduktion der beiden Journalistinnen. Besonders stark leuchtet die FAZ dabei die Rolle Frankreichs in den Sahel-Konflikten aus, aber auch Reaktionen aus Deutschland, die Position der EU und der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS.

Der geografische Fokus der Berichterstattung liegt bei allen analysierten Medien deutlich auf vier Ländern: Mali, Frankreich, Deutschland und Tschad. Die Berichterstattung folgt dabei vor allem zwei aktuellen Ereignissen, dem Putsch in Mali und dem Tod des tschadischen Präsidenten. Zu Wort kommen die lautstärksten, etabliertesten und mächtigsten Kommunikator*innen im Konfliktfeld. Mit weitem Abstand dominieren hochrangige französische und deutsche Regierungsvertreter*innen, gefolgt von malischen Militärs sowie hochrangigen EU- und UN-Vertreter*innen die Quellen und Akteursgruppen. Auch Verlautbarungen der westafrikanischen Regionalorganisationen ECOWAS, der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen werden häufig wiedergegeben. Ihnen und ihren Sprecher*innen und Verlautbarungen wird von den am journalistischen Produktionsprozess Beteiligten offenbar besonders große Relevanz beigemessen. Berichterstattungsmuster werden

auch tradiert, weil diese Quellen vergleichsweise leicht zugängliche, preiswerte und professionell aufbereitete PR und Propaganda anbieten und auf Websites und in sozialen Netzwerken verbreiten (vgl. Mükke 2015). Aus diesem Quellenkomplex der Mächtigen speist sich der Großteil der Frames und Narrative, d. h. Perspektiven, Stellungnahmen, Prognosen, Expert*innenausagen und Annahmen aus dieser Quellengruppen bestimmen maßgeblich die Agenda und die Interpretationen der Hergänge. Es herrscht ein hoher Grad an Selbstbezüglichkeit und Eurozentrismus.

Ordnet und summiert man die Quellen nach ihrer Herkunft, tritt ein ganz fragwürdiges Strukturmerkmal zu Tage: Rund 60 Prozent aller Quellen sind nichtafrikanisch. Im krassen Gegensatz dazu fällt auf, dass insbesondere bei den afrikanischen Quellen ganze Gruppen gar nicht oder nur in raren Einzelfällen auftauchen und zu Wort kommen: Geschäftsleute, Wissenschaftler*innen, Religionsvertreter*innen, Künstler*innen, Musiker*innen, Schriftsteller*innen, Studenten*innen, Kirchen- und Religionsvertreter*innen. Sie sind für die am journalistischen Produktionsprozess Beteiligten offenbar weder als Handlungsträger*innen noch als Quellen von besonderer Bedeutung, obwohl sie Triebfedern gesellschaftlicher und politischer Prozesse sind. In der kumulierten Gesamtberichterstattung machen all diese genannten Quellengruppen zusammengenommen gerade einmal sechs Prozent aus. Auch Hilfsorganisationen, traditionell starke Kommunikatoren in Subsahara-Afrika, spielen als

Quellen und Akteure nur eine marginale Rolle in der Sahel-Berichterstattung.

Unakzeptabel auch: Islamistische Extremist*innen, „Terrorist*innen“ und verschiedene bewaffnete Gruppen, etwa der Tuareg, werden so gut wie nicht abgebildet und erhalten auch fast keine Stimmen. Sie laufen lediglich als bedrohlicher Subkontext mit. In keinem einzigen Fall wird über sie näher aufgeklärt, obwohl sie doch als Hauptgrund der Militärinterventionen proklamiert wurden und werden. Islamistische Extremisten und „Terroristen“ kommen als Primärquellen überhaupt nicht vor. Auch regionale Betrachtungen und Einordnungen über die Sahel-Region werden nur vordergründig angestrengt.

Die Kritik der befragten Experten aus Mali, Niger und Deutschland fällt ob der skizzierten Strukturmerkmale der analysierten Berichterstattungen entsprechend deutlich aus. Es herrscht Kopfschütteln und Ratlosigkeit über „übervereinfachte Realitätswahrnehmungen“ der Sahel-Konflikte sowie über das Ausblenden der Parlamentsdebatten.

David Dembélé aus Mali, Ibrahim Manzo Diallo aus Niger und Helmut Asche aus Deutschland sind ausgewiesene Kenner der Geschehnisse im Sahel. Sie sind dem Lager der moderaten und reflektierten Kritiker zuzuordnen. Diallos Erwartung war zum Beispiel, dass den Sahel-Militäreinsätzen in Deutschland medial und politisch „höchstes Interesse“ zukomme. Dass es selbst im zeitlichen Zusammenhang mit der Bundestagsdebatte keine unabhängigen journa-

listischen Recherchen und Reportagen der vier untersuchten Leitmedien aus den Sahel-Ländern gab, empfindet er als völlig unakzeptabel. Unabhängige Journalist*innen und Redaktionen müssten bei so hochrelevanten Themen wie Militäreinsätzen bzw. Krieg und Frieden deutlich mehr leisten. Der Chefredakteur kritisiert auch, dass sich die Berichterstattung zu oft in immer gleichen Rahmen und sehr engen Deutungskorridoren bewege. Journalismus hätte jedoch auch die Aufgabe, diese permanent zu hinterfragen, was aber nur gelinge, wenn man sich nicht fortwährend auf Propaganda und Verlautbarungen von Regierungen, deren Militärs und internationalen Organisationen stütze. Dass so wichtige Quellengruppen wie afrikanische Expert*innen, Geschäftsleute, Intellektuelle, Künstler*innen und Religionsvertreter*innen so gut wie nicht zu Wort kommen, „tut weh“. Zumal die in Deutschland geführten Debatten über die Militäreinsätze „direkt die Zukunft der Sahel-Länder betreffen“. Die Stimmen der Intellektuellen aus den G5-Ländern müssten unbedingt stärker hörbar gemacht werden. Dass unter den Autor*innen der analysierten Beiträge kein einziger Afrikaner, keine einzige Afrikanerin ist, bezeichnet Diallo als Affront und blanke „Verachtung“. Afrikanistik-Professor Asche kommentiert: „In der Phase der politischen Entscheidung nicht einmal einen afrikanischen Autor, um einen Gastkommentar gefragt zu haben“, drücke die „Geringschätzung des Themas aus“ und zeige, dass die untersuchten Medien und Redaktionen „den berechtigten Teil der neueren Postkolonialismus-Debatte noch nicht ernst genommen“ hätten. Der Status Afrikas in der Aufmerksamkeitshierarchie spie-

gele sich eben auch in der Ausdünnung des Korrespondent*innennetzes über die letzten Jahrzehnte (vgl. Mücke 2009).

Die inhaltsanalytischen Ergebnisse und die dazu eingeholten Expert*innenmeinungen unterstreichen deutliche Defizite. Der Sahel-Berichterstattung mangelt es an

- eigenständiger Recherche vor Ort,
- Perspektivwechseln,
- solidem Redaktionsmanagement und
- internationalen, grenzübergreifenden Journalisten-Kooperationen.

Es scheint vielmehr ausreichend, auf Werte und Positionen Deutschlands, Frankreichs, einiger afrikanischer Eliten und supranationaler Organisationen zu fokussieren und diese zu kolportieren und zu kommentieren. Dem Anspruch an Qualität und Glaubwürdigkeit in einer globalisierten Welt wird eine solche Agentur geleitete Blaupausen-Berichterstattung oft nicht gerecht. Im journalistischen System sollte deutlich mehr in Strategie, Planung, Konzeption und Personal investiert werden, um Militärinterventionen wie die im Sahel gründlicher abzubilden und zu reflektieren.

Die Potenziale, die das Internet als faktisch unbegrenzter Publikationsraum für multiperspektivische Narration, Kommentierung, Dokumentation und sogar Dialog bietet, werden nicht ausreichend genutzt. Hochkomplexe und scheinbar unübersichtliche Situationen wie im Sahel könnten gerade von Online-Medien und -redaktionen

wie den vier hier untersuchten abgebildet und aufgeklärt werden. Die digitalen Möglichkeiten bieten hierfür exzellente Voraussetzungen. Doch keine der vier Online-Medien bzw. -redaktionen leistete in dieser Hinsicht Besonderes im Untersuchungszeitraum.

Für die Metaebene kann festgehalten werden: Mit diesem Herangehen begibt sich Journalismus in Gefahr, sich in den weltweiten Wettbewerb um binäre Narrative, Frames und Deutungshoheiten verwickeln zu lassen, weil er in diesem Arbeitsmodus kaum eigene Themen, Nachrichtenwerte und Perspektiven setzen kann, sondern die Agenden verschiedener Akteure meist nur einordnet. Als dienendes Subsystem demokratischer Gesellschaften muss Journalismus jedoch insbesondere in Kriegs- und Krisensituationen unabhängig bleiben und zum Beispiel Interessenlagen verschiedener Lager nachvollziehbar aufzeigen. Diese Unabhängigkeit hängt ganz maßgeblich von der eigenständigen, unabhängigen und pluralistischen Wiedergabe von Wirklichkeit ab. Journalismus darf es sich nicht in vordergründigen Gut-Böse-Schemata simpler Narrative bequem machen und darf sich nicht in den „Kampf um Köpfe und Herzen“ der Konfliktparteien verstricken lassen. Das ist das Geschäft von PR und Propaganda.

Geopolitische Veränderungen hin zur multipolaren Welt und medientechnologische Möglichkeiten multiperspektivischer Erzählformen sind Potenzial und Herausforderung zugleich. An die Umbrüche in der momentan laufenden starken Transformation der globalen Kommunikation hat

sich das deutsche Journalismus-System jedoch noch nicht im nötigen Maß angepasst. Die Möglichkeiten der vernetzten Kollaboration für die Produktion von Qualitätsjournalismus werden im Sahel-Komplex noch kaum genutzt. Es braucht substantielle Kooperationen mit kompetenten lokalen und regionalen Journalist*innen, damit Auslandsjournalismus der Aufgabe gerecht wird, faktenorientiert, hintergründig und kontrovers Proklamationen auf ihren Tatsachengehalt zu prüfen – auch solche über den vorgeblichen Export demokratischer Regeln, humanitärer Werte, Hilfe zur Selbsthilfe, den sogenannten „Kampf gegen den Terror“ und der „Stabilisierungsmision“ im Sahel. Journalismus darf nicht zum Advokaten von Außen-, Sicherheits- oder Militärpolitik verkommen, sondern muss diese hochrelevanten Felder unabhängig, kontinuierlich und kritisch-kontrollierend begleiten.

Warum Journalismus das gerade in diesen Bereichen leisten muss? Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland räumt dem Thema Frieden in Artikel 1 einen sehr hohen Stellenwert ein. Auch die Festschreibung der Bundeswehr als Parlamentsarmee verpflichtet dazu, mit diesem Themenkomplex demokratisch-diskursiv umzugehen. Entscheidungen über Truppen-Entsendungen ins Ausland müssen sich umfassenden Meinungsbildungsprozessen stellen. Über Krisen und Kriege, in denen die Bundeswehr involviert ist, müssten bundesrepublikanische Medien also mit besonderer journalistischer Sorgfalt berichten. Anhand der analysierten massenmedialen Be-

richterstattung zu den Sahel-Einsätzen konnte sich die bundesdeutsche Öffentlichkeit aber weder substantiell über die Bundestagsdebatten noch hintergründig über die Geschehnisse in der Sahel-Zone informieren. Von umfangreicher Information und Beförderung eines gesellschaftlichen Diskurses kann im Untersuchungszeitraum nicht die Rede sein.

In vielen Medienhäusern wurde die Auslandsberichterstattung in den vergangenen Jahren derart „zusammengekürzt, dass wir von der Welt nur noch wenig mitbekommen (können)“, konstatiert Engelhardt 2022, S. 54-55) Dieser Prozess birgt u. a. das Risiko, dass bei Millionen das Vertrauen ins mediale und politische System erodiert.

Über die Jahre sind in die Sahel-Einsätze zehntausende deutsche Soldaten involviert worden, Milliarden an Steuergeldern geflossen und die Bundesrepublik verstrickte sich in weitreichende geopolitische Interessenkollisionen im Sahel. Angesichts dieser Tatsachen hätte es für die vier untersuchten Leitmedien eine Selbstverständlichkeit sein müssen, exklusive hintergründige Informationen zu recherchieren und pluralistische Deutungen zu liefern, gerade in Zeiträumen der innenpolitischen Abstimmungsprozesse. Denn Wähler*innen, Gewählte, Diplomaten*innen, Wirtschaftsakteur*innen, Kulturvertreter*innen, Wissenschaftler*innen, Zivilgesellschaft und nicht zuletzt die Soldat*innen und ihre Familien – kurz, eine mündige und kluge demokratische Gesellschaft ist auf diese journalistischen Leistungen angewiesen.

6 Handlungsempfehlungen

Ziel von Krisen- und Kriegsberichterstattung müssen aufgeklärte Rezipienten sein, die durch den „Konsum“ von massenmedialem Journalismus intellektuellen und kulturellen Herausforderungen sowie Wahlentscheidungen gewachsen sind. Selbstbezüglichkeit und Orientierung an den Selbst-, Feind-, Mitleids- und Fremdbildern eigener Werteordnungen und Interessenlagen reichen für qualitätsvolle Krisen- und Kriegsberichterstattung nicht aus (vgl. Lynch/Galtung 2010).

Aus unseren Analysen und Befunden lassen sich eine Reihe von Empfehlungen zur Professionalisierung von Krisen- und Kriegsberichterstattung entwickeln:

1. Unabhängige Präsenz vor Ort erhöhen

- a) **Entsendung von Sonderberichterstattem**, die längerfristig in den jeweiligen Krisen- und Kriegsgebieten arbeiten und recherchieren;
- b) **Kooperationen mit lokalen Journalist*innen**
Lokale Mitarbeiter*innen, Stringer und ausländische Journalist*innen stärker einbinden und eine Berichterstattung mit Einheimischen befördern und nicht nur über sie.

2. Recherche- statt Betroffenheitsjournalismus

Journalismus muss insbesondere in Krisen und Kriegen seine Aufgabe als Vierte Gewalt stärker und strukturierter wahrnehmen. Hinter-

gründiger Journalismus zur Machtkontrolle ist zu fördern und sollte alle Interessenebenen ausleuchten – lokale, regionale, internationale, globale, staatliche und nichtstaatliche.

3. Berufsbilder differenzieren und spezialisieren

Krisen- und Kriegsberichterstattung ist als eigenes Berufsbild zu verstehen, das thematische Spezialisierungen und kontinuierliche Arbeit und Weiterbildung erfordert. Es braucht definierte Ausbildungsanforderungen und -angebote an Krisen- und Kriegsberichterstatte*r*innen; innerbetriebliche und externe berufsbegleitende Weiterbildungsangebote etwa durch Kooperationen mit Regional-, Politik-, Militär- und Geschichtswissenschaften. Die Rollenbilder für Krisen- und Kriegsberichterstatte*r*innen sind zu schärfen.

4. Redaktionelles Management von Krisen- und Kriegsberichterstattung professionalisieren

Ansatzpunkte hierfür sind u. a.

- a) ein eigenes Ressort schaffen bzw. spezialisierte und fokussierte Teams
- b) stringente Auswahl, Ausbildung, Einsatz von Personal nach klar definierten Kompetenzkriterien
- c) Einbeziehung von Korrespondent*innen, Redakteur*innen, Reporter*innen in längerfristige konzeptionelle Planungen und Rechercheprojekte

- d) Kooperationen über Ressortgrenzen hinweg
- e) Berichtsgebiete dürfen nicht zu „Herrschaftsgebieten“ von Korrespondent*innen werden
- f) Bereitstellung finanzieller Sondermittel für Krisen und Kriegsberichterstattung

5. „Nicht erst berichten, wenn es kracht“

Die Ursachen von Kriegen sind meist tieferliegend und komplex, sie entstehen über längere Zeiträume. Verantwortungsbewusster Journalismus darf sich nicht allein nach Nachrichtenwerten wie Aktualität, Dramatik, Überraschung und Konfliktgröße richten, sondern recherchiert, beschreibt und analysiert Konfliktlagen bereits vor dem Ausbruch von Kriegen und erhellt und diskutiert proaktiv „tote Winkel“.

6. Perspektiven aller wichtigen Krisen- und Kriegsparteien aufzeigen

Alle Seiten kommen zu Wort und werden gleichermaßen kritisch hinterfragt.

7. Analysekapazitäten zu Krisen- und Kriegsökonomien stärken

Krisen und Kriege gehen oft mit großen ökonomischen Interessen, wirtschaftlichen Verwerfungen, spezifischen Geldflüssen einher. Mechanismen, Akteure, Profiteure, Korruption und Netzwerke sind zu erhellen.

8. Journalismus darf „Rally around the flag“-Reflexen nicht folgen

Regierungen und Führer*innen sind gerade in Krisenzeiten oder während eines Krieges nüchtern und kritisch-kontrollierend zu be-

gleiten. Journalismus ist kein Sprachrohr von Public Diplomacy. Auch bipolare Helden-Epen und Dämonisierungen sind zu hinterfragen. Informationelle Selbstbestimmung der Bürger*innen, Medienfreiheit, Whistleblower*innen und Pluralismus sind zu schützen.

9. „Embedded journalism“ professionell nutzen

Entsendungen von Reportern zu allen wichtigen Konfliktparteien (falls möglich). Professionelle Reflexion über die Besonderheiten des journalistischen Arbeitens unter diesen Bedingungen (Verhaltensregel-Vereinbarungen, Nähe zu Militärs, Zensur, Überwachung und Manipulation, thematische Einschränkungen etc.). Ausloten des Machbaren.

10. Kein Kolportage-Journalismus

Krisen- und Kriegsjournalismus darf nicht dazu degenerieren, Verlautbarungen, Proklamationen, PR und Propaganda mächtiger Kriegsparteien, Politiker*innen, Staaten, Institutionen und Organisationen zu kolportieren.

11. Vorschläge potentieller Mediatoren und Konfliktlöser einbringen

Regierungen und internationale Organisationen kommen mit ihren Lösungsvorschlägen, Mediationsangeboten und Verhandlungsforderungen ebenso zu Wort wie Stimmen aus der Zivilgesellschaft, etwa Intellektuelle oder Religionsvertreter*innen.

12. Medienjournalismus stärken

Als Teil der professionellen Medienkritik muss der Medienjournalismus gestärkt wer-

den. Rezipient*innen müssen über Strukturen, Potentiale und Grenzen von Krisen- und Kriegsberichterstattung informiert werden. Medienjournalismus muss begleitend zur Krisen- und Kriegsberichterstattung über die Arbeit des eigenen Berufstandes fachkundige und kritische Diskurse führen.

13. Digital beschleunigte journalistische Produktionsprozesse reflektieren

Stets verfügbare digitale Informationen, z. B. auf Social-Media-Plattformen, verleiten u. a. zum virtuellen Copy-Paste-Büro-Journalismus. Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen sind dazu angehalten, sich stärker über Pro- und Contra digital beschleunigter journalistischer Produktionsprozesse und deren Auswirkungen auf den Krisen- und Kriegsjournalismus auseinanderzusetzen.

14. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk – der besonderen Verantwortung gerecht werden

Der weitgehend von marktwirtschaftlichen Zwängen befreite öffentlich-rechtliche Rundfunk trägt per Gesetz besondere Verantwortung für den demokratischen Diskurs. ARD und ZDF sollten eine gemeinsame digitale Auslands-Plattform bespielen, auf der neue Formate für Krisen- und Kriegsberichterstattung platziert werden. Dazu beitragen können u. a. die weltweit stark aufgestellten ARD- und ZDF-Korrespondentennetze.

15. Stärker berufsständisch organisieren

Um die Qualitätsdebatte über Krisen- und Kriegsjournalismus dezidiert mitgestalten zu können, sollten sich involvierte Journalist*innen als eigener Berufsstand organisieren – in ihren Berichtsgebieten und auch in ihren Herkunftsländern.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Asche, Helmut et al. (2020): Papier Nr. 2 – Sahelländer in der Existenzkrise, VAD-Ausschuss Sahel.
- Bernhard, Nancy (2003): U.S. Television News and Cold War Propaganda. 1947-1960, Cambridge.
- Becker, Jörg und Mira Beham (2006): Operation Balkan: Werbung für Krieg und Tod, Baden-Baden.
- Bitala, Michael (2001): Kein Massaker fürs Fernsehen. Vom Umgang der Medien mit Katastrophen, in: Plate, Christof; Sommer, Theo (Hrsg.): Der bunte Kontinent. Ein neuer Blick auf Afrika. Stuttgart/München, S. 155-159.
- Engelhardt; Marc (2022): Das Verblässen der Welt. Auslandsberichterstattung in der Krise, Otto Brenner Stiftung, Arbeitspapier 53, Frankfurt am Main.
- Franzke, Michael (2000): „Aber die Agenturen haben nichts gemeldet...“ Das Problem, über die Probleme der „Dritten Welt“ zu berichten, in: Brüne, Stefan. (Hrsg.): Neue Medien und Öffentlichkeiten. Politik und Telekommunikation in Afrika, Asien und Lateinamerika. Hamburg, S. 115-126.
- Fröhlich, Romy et al. (2007): Kriegsberichterstattung in deutschen Qualitätszeitungen. Eine inhaltsanalytische Langzeitstudie zu Framingprozessen, in: Publizistik 1/2007, S. 11-32.
- Hafez, Kai (2005): Mythos Globalisierung. Warum die Medien nicht grenzenlos sind, Wiesbaden.
- Hanitzsch, Thomas (2007): Kriegskorrespondenten entmystifizieren. Eine integrative Heuristik zur Beschreibung der journalistischen Inaugenscheinnahme von Kriegen, in: Korte, Tonn (Hrsg.): Kriegskorrespondenten: Deutungsinstanzen in der Mediengesellschaft. Wiesbaden, S. 39-58.
- Knightley, Phillip: Journalisten als Schachfiguren, in: message, 4, 2006, S. 22-27.
- Kukral, Tim (2016): Arbeitsbedingungen freier Auslandskorrespondenten: Eine qualitative Befragung von Mitgliedern des Journalistennetzwerks Weltreporter, Köln.
- Lacher, Wolfram (2021): Unser schwieriger Partner. Deutschlands und Frankreichs erfolgloses Engagement in Libyen und Mali. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.
- Lebovich, Andrew. (2020): Disorder from Chaos – Why Europeans Fail to Promote Stability in the Sahel. Policy Brief. European Council on Foreign Relations, Brüssel.
- Lynch, Jake; Galtung, Johan (2010): Reporting Conflict: New Directions in Peace Journalism, St. Lucia.
- Morawski, Thomas (2007): „Weltsichten“. Auslandsberichterstattung in der Kritik, in: epd medien 79/2007, Frankfurt a. M., S. 3-16.
- Mükke, Lutz (2006): Deutschland im Kongo-Fieber, in: message, 3, 2006, S. 10-15.
- Mükke, Lutz (2008): „Der Trend geht zum Generalisten und Feuerwehrmann.“ Ein Dossier zum Zustand der deutschen Auslandsberichterstattung, Dossier Netzwerk Recherche 2/2008, https://netzwerkrecherche.org/files/nr_dossier_02.pdf (zuletzt abgerufen am 10.3.2023).
- Mükke, Lutz (2009): Journalisten der Finsternis. Akteure, Strukturen und Potenziale deutscher Afrika-Berichterstattung, Köln.
- Mükke, Lutz (2015): Korrespondenten im Kalten Krieg. Zwischen Propaganda und Selbstbehauptung, Köln.

Pérouse de Montclos, Marc Antoine (2020). Une guerre perdue, la France au Sahel, Paris.

Souaïdia, Habib (2001): La sale guerre: Le témoignage d'un ancien officier des forces spéciales de l'armée algérienne, Malesherbes.

Sreberny-Mohammadi et al. (1980): The world of the news: The news of the world. Final report of the »Foreign Images« study undertaken by the International Association for Mass Communication Research for Unesco, Paris.

Sreberny-Mohammadi et al. (1985): Foreign news in the Media: International Reporting in 29 Countries. Final report of the »Foreign Images« study undertaken by the International Association for Mass Communication Research for Unesco. Paris.

Thorel, Julien (2013): Der schwierige Abschied von der „Françafrique“. Die französische Afrikapolitik zwischen Kontinuität und Wandel. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, <https://www.bpb.de/themen/europa/frankreich/166091/der-schwierige-abschied-von-der-francafrique-die-franzoesische-afrikapolitik-zwischen-kontinuitaet-und-wandel/> (zuletzt abgerufen am 16.4.2023).

Tull, Denis M. (2020): Deutsches und internationales Krisenmanagement im Sahel. Warum sich die Diskussion über die Sahelpolitik im Kreis dreht, SWP-Aktuell 2020/A 43, <https://www.swp-berlin.org/publikation/deutsches-und-internationales-krisenmanagement-im-sahel> (zuletzt abgerufen 15.4.2023).

Weichert, Stephan; Kramp, Leif (2011): Die Vorkämpfer. Wie Journalisten über die Welt im Ausnahmezustand berichten, Köln.

Tabelle 2:
Übersicht der analysierten Beiträge

Nr.	Medien	Titel des Beitrags	Erscheinungstag*
1	tagesschau.de	Präsidentenwahl im Tschad – Der „Sahel-Boss“ kann es nicht lassen	11/04/21
2	tagesschau.de	Tod von Tschads Präsident „Rückschlag für die Stabilität im Sahel“	20/04/21
3	tagesschau.de	Nach Angaben der Armee – Tschads Präsident Idriss Déby ist tot	20/04/21
4	Bild.de	Von Rebellen getötet – Afrika-Despot stirbt	20/04/21
5	ZeitOnline	Langzeitherrscher Idriss Déby Itno ist tot	20/04/21
6	FAZ.NET	Ein Potentat als zuverlässiger Verbündeter	20/04/21
7	FAZ.NET	Staatschef des Tschad bei Kampfhandlungen umgekommen	20/04/21
8	tagesschau.de	Mehr Bundeswehrsoldaten für Mali	21/04/21
9	tagesschau.de	Getöteter Präsident des Tschad – Trauerfeier für Idriss Déby	23/04/21
10	FAZ.NET	Was der Fall Déby über Frankreichs Afrikapolitik sagt	23/04/21
11	FAZ.NET	In den Fußstapfen des Vaters?	25/04/21
12	ZeitOnline	Tausende demonstrieren im Tschad gegen Übergangsregierung	27/04/21
13	FAZ.NET	Armee in Tschad meldet Tötung von „mehreren Hundert“ Rebellen	01/05/21
14	FAZ.NET	Macrons neuer Blick auf den Kontinent	18/05/21
15	ZeitOnline	Wehrbeauftragte kritisiert Zeitpunkt für Bundeswehr-Reformpläne	19/05/21
16	FAZ.NET	Offiziere setzen Präsidenten und Regierungschef fest	25/05/21
17	ZeitOnline	Armeeoberst Goita setzt inhaftierten Präsidenten und Premier ab	25/05/21
18	ZeitOnline	Malis Präsident und Ministerpräsident von Soldaten festgenommen	25/05/21
19	Bild.de	Präsident & Ministerpräsident von Soldaten festgenommen	25/05/21
20	tagesschau.de	Politische Führung festgenommen – Schon wieder ein Putsch in Mali?	25/05/21

Mediale Routinen und Ignoranz?

21	FAZ.NET	Spitze der Übergangsregierung tritt zurück	26/05/21
22	tagesschau.de	Nach erneutem Putsch Malis Regierungsspitze zurückgetreten	27/05/21
23	FAZ.NET	Putschistenführer lässt sich in Mali zum Präsidenten ausrufen	29/05/21
24	tagesschau.de	Bundeswehr in Mali – Stabilisieren im Krisenstaat?	29/05/21
25	tagesschau.de	Krise in Mali – Putschistenführer wird Übergangspräsident	29/05/21
26	tagesschau.de	Nach Putsch in Mali – Macron droht mit Truppenabzug	30/05/21
27	FAZ.NET	Solidarität alleine reicht nicht	30/05/21
28	FAZ.NET	Macron droht nach Putsch in Mali mit Abzug französischer Truppen	30/05/21
29	FAZ.NET	Merkel spricht sich gegen Truppenabzug in Mali aus	31/05/21
30	tagesschau.de	Nach erneutem Putsch – Ecowas suspendiert Mali	31/05/21
31	tagesschau.de	Nach dem Putsch – Warum Mali nicht zur Ruhe kommt	01/06/21
32	FAZ.NET	Frankreich will nicht mehr alles alleine regeln	01/06/21
33	FAZ.NET	Auch afrikanische Union schließt Mali aus	02/06/21
34	Bild.de	So ist der Mali-Einsatz sinnlos!	03/06/21
35	FAZ.NET	Ohne Erfolg in Mali	04/06/21
36	ZeitOnline	Frankreich setzt gemeinsame Einsätze mit malischen Militär aus	04/06/21
37	tagesschau.de	Nach erneutem Putsch – Frankreich setzt Militäroperationen aus	04/06/21
38	FAZ.NET	Frankreichs Dilemma in Mali	05/06/21
39	FAZ.NET	Westafrikas neue Wertegemeinschaft?	07/06/21
<p>*Angabe kann sich auf aktualisierte Variante des Beitrags beziehen Quelle: Eigene Darstellung.</p>			

Verzeichnis der Abkürzungen

AFP	Agence France Press
DEval	Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit
dpa	Deutsche Presseagentur
ECOWAS	Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft
EU	Europäische Union
EUTM	Trainingsmission der Europäischen Union in Mali
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (heute GIZ)
IBK	Ibrahim Boubacar Keïta, gestürzter malischer Präsident
MNLA	Mouvement national de libération de l'Azawad, Tuareg-Partei
MINUSMA	Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali
RFI	Radio France International
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
UK	United Kingdom (Vereinigtes Königreich)
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1:	Die G5-Länder in der Sahel-Zone	6
Abbildung 2:	Der geografische Fokus der analysierten Berichterstattung (Mehrfachnennungen möglich)	15
Abbildung 3:	Angabe von Ortsmarken in der analysierten Berichterstattung	16
Abbildung 4:	Die genutzten Darstellungsformen	17
Abbildung 5:	Die Häufigkeit der auftretenden Hauptakteure	20
Abbildung 6:	Die Verteilung der Quellen nach Herkunft	20
Tabelle 1:	Häufig genutzte Quellengruppen in der analysierten Berichterstattung	19
Tabelle 2:	Übersicht der analysierten Beiträge	39

Hinweise auf die befragten Personen

Helmut Asche studierte Volkswirtschaft und Soziologie, war jahrzehntelang Entwicklungsexperte für die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), u. a. als volkswirtschaftlicher Regierungsberater in Burkina Faso. Als Professor arbeitete er an den Afrika-Instituten der Unis Leipzig und Mainz. Er war Leiter des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) und ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft. Asche gehört dem Sahel-Ausschuss der Vereinigung für Afrikawissenschaften in Deutschland (VAD) an, der zur Krise in den Sahel-Ländern die oben erwähnte Analyse veröffentlichte. Er ist heute emeritiert.

David Dembélé arbeitet als investigativer Journalist in Bamako. Er ist Gründungsmitglied des malischen Netzwerks investigativer Journalisten (RMJI), Vorstandsmitglied der Norbert Zongo Cell for Investigative Journalism in West Africa (CENOZO) und Mitglied des International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ). Dembélé fokussiert auf investigative Geschichten in der Sahel-Zone und arbeitete für viele lokale und internationale Medien. Er absolvierte die Ecole Supérieure de Journalisme in Lille/Frankreich.

Ibrahim Manzo Diallo ist Direktor und Gründer der Pressegruppe Aïr Info, die die Regionalzeitung Aïr Info herausgibt, eine Website und das Radio Sahara FM betreibt. Diallo ist Experte für Sicherheit in der Sahel-Zone, kriminelle Aktivitäten, Korruption, Kultur und Migration. Er erhielt für seine Arbeit mehrere nationale und internationale Auszeichnungen. 2007/8 wurde er im Zusammenhang mit der Berichterstattung von Aïr Info „regierungsfeindlicher Aktivitäten“ und der Kollaboration mit Tuareg-Rebellen bezichtigt und vier Monate inhaftiert. Nigrische Behörden setzen damals auch das Erscheinen der Zeitschrift aus.

Zum Autor der Studie

Prof. Dr. Lutz Mükke, Studium der Journalistik und Afrikanistik in Leipzig und Kampala/Uganda, Volontariat bei der Leipziger Volkszeitung. Heute Afrika-Direktor eines internationalen Bildungsunternehmens und außerordentlicher Professor für „Medien in internationalen Beziehungen“ an der National University in Khartoum, Sudan. Mükke ist Autor der Sachbücher „Korrespondenten im Kalten Krieg“ und „Journalisten der Finsternis“, einer Analyse der deutschen Afrika-Berichterstattung. Er war Wissenschaftlicher Direktor am Europäischen Institut für Journalismus- und Kommunikationsforschung und federführender Mitgründer des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit sowie Redakteur und Mitherausgeber der Journalismus-Fachzeitschrift/Plattform Message. Als Afrika-Reporter recherchierte er u. a. für die Süddeutsche Zeitung, Die Zeit, SpiegelOnline und Frankfurter Allgemeine Zeitung, u. a. arbeitete er in Krisen- und Kriegsgebieten wie Somalia, DR Kongo, Südsudan, Mali, Niger, Nigeria, Afghanistan, Äthiopien. 2018 führte ihn eine dreimonatige Recherchereise durch Algerien, Mali, Niger und Nigeria, den Transsahara-Highway entlang. Er ist Gründungsmitglied des panafrikanisch-europäischen Bildungs- und Journalisten-Vereins „Africa Vagabonds“.

OBS-Arbeitspapiere Infos und Download: www.otto-brenner-stiftung.de

- Nr. 58 Antisemitismus. Alte Gefahr mit neuen Gesichtern
(Michael Kraske)
- Nr. 57 Gut beraten? Zur Rolle der Zivilgesellschaft in Sachverständigengremien
(Siri Hummel, Laura Pfirter)
- Nr. 56 Mehr Wählen wagen? Ungleichheiten beim „Wählen ab 16“ und ihre Folgen
(Thorsten Faas, Arndt Leininger)
- Nr. 55 Arbeitsdruck – Anpassung – Ausstieg. Wie Journalist:innen die Transformation der Medien erleben
(Burkhard Schmidt, Rainer Nübel, Simon Mack, Daniel Rölle)
- Nr. 54 Mediale Routinen und Ignoranz? Die Sahel-Einsätze der Bundeswehr im öffentlichen Diskurs
(Lutz Mükke)
- Nr. 53 Das Verblässen der Welt. Auslandsberichterstattung in der Krise
(Marc Engelhardt)
- Nr. 52 Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis. Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD
(Stephan Pühringer, Karl M. Beyer, Dominik Kronberger)
- Nr. 51 Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechtsaußen
(Arne Semsrott, Matthias Jakubowski)
- Nr. 50 Künstliche Intelligenz und die Zukunft der Arbeit. Die digitale Transformation
in den (sozialen) Medien (Derya Gür-Şeker)
- Nr. 49 Alternative Fakten im Gespräch. AfD-Diskussionen auf Facebook
(Hannah Trautmann, Nils C. Kumkar)
- Nr. 48 Aufstocker im Bundestag IV. Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 19. Wahlperiode
(Sven Osterberg)
- Nr. 47 Tragische Einzelfälle? Wie Medien über Gewalt gegen Frauen berichten
(Christine E. Meltzer)
- Nr. 46 Wenn Politik Presse macht. Gastbeiträge von Politiker*innen in ausgewählten Tageszeitungen
(Marvin Oppong)
- Nr. 45 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung
Deutschlands fest? (Lutz Mükke)
- Nr. 44 „Alleine ist man zerbrechlich“. Perspektiven auf die Interessenvertretung von
Arbeitnehmer*innen in Ost und West (Simon Storcks, Jana Faus, Rainer Faus)
- Nr. 43 Streitfall Vermögenssteuer. Defizite in der Medienberichterstattung
(Hendrik Theine, Andrea Grisold)
- Nr. 42 Mauer in den Köpfen? Einstellungen zur deutschen Einheit im Wandel
(Ayline Heller, Ana Nanette Tibubos, Manfred Beutel, Elmar Brähler)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen und legt aktuelle medienkritische und -politische Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit unter: www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 4. November 2020 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- **Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens**

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC: HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- **Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)**
- **Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa**
- **Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit**

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC: HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 110***
Henning Eichler
Journalismus in sozialen Netzwerken
ARD und ZDF im Bann der Algorithmen?
- **OBS-Arbeitsheft 109***
Barbara Witte, Gerhard Syben
Erosion von Öffentlichkeit
Freie Journalist*innen in der Corona-Pandemie
- **OBS-Arbeitsheft 108***
Victoria Sophie Teschendorf, Kim Otto
Framing in der Wirtschaftsberichterstattung
Der EU-Italien-Streit 2018 und die Verhandlungen über Corona-Hilfen 2020 im Vergleich
- **OBS-Arbeitsheft 107***
Leif Kramp, Stephan Weichert
Konstruktiv durch Krisen?
Fallanalysen zum Corona-Journalismus
- **OBS-Arbeitsheft 106***
Lutz Frühbrodt, Ronja Auerbacher
Den richtigen Ton treffen
Der Podcast-Boom in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 105***
Hektor Haarkötter, Filiz Kalmuk
Medienjournalismus in Deutschland
Seine Leistungen und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 104***
Valentin Sagvosdkin
Qualifiziert für die Zukunft?
Zur Pluralität der wirtschaftsjournalistischen Ausbildung in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 103***
Ingo Dachwitz, Alexander Fanta
Medienmäzen Google
Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt
- **OBS-Arbeitsheft 102***
Wolfgang Schroeder, Samuel Greef u. a.
Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts
Interventionsversuche und Reaktionsmuster
- **OBS-Arbeitsheft 101***
Leif Kramp, Stephan Weichert
Nachrichten mit Perspektive
Lösungsorientierter und konstruktiver Journalismus in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 100***
Tim Engartner
Wie DAX-Unternehmen Schule machen
Lehr- und Lernmaterial als Türöffner für Lobbyismus

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitspapier 54

Mediale Routinen und Ignoranz?

Die Sahel-Einsätze der Bundeswehr im öffentlichen Diskurs

▶ Mit Handlungsempfehlungen